

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 50.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 16. Dezember 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

## Mein Los.

Im Zeichen des Kampfes geboren, such' ich den Frieden nicht;  
Ich fühle mich matt, verloren, wo man vom Glück nur spricht.  
Ich liebe die strengen Stirnen, wo schwer der Gedanke wohnt,  
Gleich den ragenden Silberfirnen, nah' denen die Sonne thront.  
Ich liebe gewappnete Hände, ein streitbares, herbes Wort,  
Das suchend geht, ob's nicht fände der Echtheit und Wahrheit Hort.  
Ich kann nicht anders und sage: so bin ich, Gott helfe mir,  
So bleib' ich, bis meine Tage erschöpft sind auf Erden hier.  
Edith Gräfin Salzburg.

## Winke zur Reichstagswahl.

Der Reichstag ist aufgelöst. Die Neuwahlen sind bestimmt auf den 12. Januar 1912 angesetzt. Bereits hat der Wahlkampf begonnen. Er wird sich täglich schärfer und erregter gestalten und bald seinen Höhepunkt erreicht haben. Auch unsere Mitglieder, vor allem die führenden Kollegen in den Ortsgruppen, werden in den bürgerlichen Parteien, denen sie angehören, mehr und mehr zur Wahlarbeit herangezogen werden. Da dürfte es nicht unangebracht sein, gerade diesen Kollegen noch einige Winke über ihr Verhalten während des Wahlkampfes und über die Ausnutzung desselben zugunsten unserer Bewegung zu geben.

Wir müssen in erster Linie darum besorgt sein, daß unter der Wahlbewegung nicht die Gewerkschaftsbewegung zu leiden hat. Die Ortsgruppengeschäfte müssen nach wie vor erledigt und vor allem die Mitglieder prompt bedient werden. Kein Vertrauensmann darf die Zeitungen liegen lassen oder die Einlassung der Beiträge der Wahlbewegung wegen verschließen. Das erregt Verdruß und führt zu Mitgliederverlusten.

Man lasse sich auch durch die Wahlerregung nicht dazu verleiten, in Gewerkschaftsversammlungen oder -Sitzungen wahlaktive oder parteipolitische Dinge zu erörtern. Bei einem Wahlkampf wie dem jetzigen überstürzen sich die Ereignisse und Sensationen, und da besteht leicht die Gefahr, daß sich auch in gewerkschaftlichen Zusammenkünften diesbezügliche Auseinandersetzungen entwickeln. Das darf nicht sein. Auch dort nicht, wo unsere Mitglieder ausnahmslos derselben parteipolitischen Richtung angehören. Strikte Hochhaltung unserer parteipolitischen Neutralität muß unsere Parole sein.

Das Interesse unserer Bewegung gebietet ferner, daß sich unsere Kollegen dort, wo sich mehrere uns nahestehende bürgerliche Parteien gegenüberstehen, eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Sie müssen ihre Tätigkeit und ihr Verhalten so einrichten, daß das Zusammenarbeiten mit den politisch und religiös andersdenkenden Mitgliedern der Ortsgruppe nicht beeinträchtigt wird. Andererseits dürfen unsere Mitglieder auch nicht allzu empfindlich sein. Es ist z. B. durchaus verfehlt, einem Vorstands- oder sonstigen Kollegen schon deswegen einen Vorwurf zu machen, weil er sich überhaupt an der Wahlarbeit beteiligt. Das geht zu weit. Jedem Mitglied steht das Recht zu, sich in seiner Partei zu betätigen. Was man von ihm billigerweise verlangen kann ist nur, daß er auf unsere Gewerkschaftsbewegung die gebührende Rücksicht nehme.

Eine derartige Rücksichtnahme ist nicht am Platz gegenüber der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die letzteren gehen auch im jetzigen Wahlkampf wieder mit der ersteren durch die dick und dünn. In den sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern wie auch in Versammlungen wird die sozialdemokratische Partei

als die alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen hingestellt. Es wird gleichsam als Verrat bezeichnet, einem bürgerlichen Kandidaten seine Stimme zu geben. Tausende von Mark an Gewerkschaftsgeldern haben die „freien“ Gewerkschaften bis heute schon an die sozialdemokratische Parteikasse abgeliefert. Und diese Summen mehren sich noch fortgesetzt. Da ist es Pflicht unserer Kollegen, den „freien“ Gewerkschaften dort, wo sie die Maske der Neutralität noch zum Wimpelzug benutzen, diese Maske zu lüften. Den „freien“ Gewerkschaften gehören noch Tausende von Mitgliedern an, die innerlich keine Sozialdemokraten sind, die aus Unkenntnis oder aus Gedankenlosigkeit denselben beigetreten sind. Diesen gilt es, während der Wahlkampagne zum Bewußtsein zu bringen, eine wie unwürdige Rolle sie durch ihre Zugehörigkeit zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften spielen. Und da bietet uns Textilarbeitern das Organ des sozialdemokratischen Konkurrenzverbandes, „Der Textilarbeiter“, Material in Hülle und Fülle. Wohl kein sozialdemokratisches Gewerkschafts- und kaum ein Parteiblatt leistet so viel an Begeisterung der bürgerlichen Parteien und der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, wie der „Textilarbeiter“. Nutzen wir diese Waffen aus.

Das allein genügt aber nicht. Wir müssen den Wahlkampf auch zur positiven Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ausnutzen. Die Listen, die die einzelnen Parteien zwecks Organisation des Schlepperdienstes anlegen, ergeben z. B. recht brauchbares Adressenmaterial für eine spätere Hausagitation. Den Kollegen, die in den Parteinstanzen sitzen, wird es leicht möglich sein, sich dieses Material zu beschaffen. Die Parteisitzungen und Versammlungen bieten auch eine günstige Gelegenheit, auf die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen. Insbesondere ist den bürgerlichen Kreisen zum Bewußtsein zu bringen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung und in dieser vor allem die christliche Gewerkschaftsbewegung zur Zeit die wirksamste Stütze der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bildet. Gerade deswegen schon sollte sie von allen national denkenden Kreisen unterstützt werden. Eine solche Förderung derselben dürfte angesichts der zunehmenden Monopolbestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften doppelt angebracht sein.

Die Parteisitzungen und Versammlungen ermöglichen es auch, Verbindungen anzuknüpfen mit gleichgesinnten Arbeitern oder auch mit Angehörigen anderer Stände zwecks Förderung bestehender oder Gründung neuer Ortsgruppen. Den Kollegen, die ihrer Partei dienen und sich für sie aufopfern, wird man auch die Unterstützung in der Ausbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens nicht versagen können. Zweckmäßig ist hier besonders, sich nach der Wahl mal die Wahlergebnisse genau zu besehen. Es wird ein Leichtes sein, für manche Orte den Nachweis zu erbringen, daß die erzielten ungünstigen Wahlergebnisse, vor allem das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen, nicht zuletzt auf das Fehlen einer starken christlichen Berufsorganisation zurückzuführen ist. Da muß die günstige Situation ausgenutzt und mit der Agitation eingesezt werden. Zweifelloß wird man dann in den meisten Fällen auch Erfolg haben.

Nun noch ein Moment, das wir unseren Mitgliedern zur Beachtung empfehlen müssen. Der Sozialdemokratie ist in Wahlzeiten jedes Mittel gut genug, um die Massen aufzuwecken, die Unzufriedenheit zu schüren und die Leidenschaften aufzustacheln. Selbst die Inszenierung künstlicher Lohnbewegungen wird manchmal versucht, um das Parteiwüppchen zum Kochen zu bringen. Es geschieht dies von den Genossen be-

sonders gern in den Domänen der Christlichen. Kann man in diesen eine Ausperrung, verbunden mit einem kleinen Revolutibüchlein provozieren, so gibt dies eine wundervolle Gelegenheit, um im Trüben zu fischen. Wir haben das Gefühl, als ob jetzt schon in einigen Bezirken gewisse sozialdemokratische Geister ihr Unwesen trieben. Wir möchten unsere Kolleginnen und Kollegen zur Vorsicht mahnen. Lohnbewegungen dürfen stets nur um ihrer selbst willen durchgeführt werden. Wir haben keine Veranlassung, Bewegungen zu führen, um den Genossen günstige Wahlpositionen zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, beherzigen wir die hier gegebenen Winke und Anregungen! Tun wir dies, so wird es möglich sein, auch die der Agitation sonst nicht besonders günstige Wahlzeit unserer Bewegung dienstbar zu machen.

## Unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

In der vorigen Nummer haben wir dargelegt, wie die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen auch eine Änderung der gewerkschaftlichen Taktik bei Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten notwendig machte. Wir haben insbesondere betont, daß angesichts der fast hinter jedem Kampf lauenden Gefahr der Ausperrung die Entscheidung über Krieg und Frieden den an der Bewegung Beteiligten nicht mehr selbst überlassen bleiben kann. Die Entscheidung über Beginn, Durchführung und Beendigung eines Streiks muß einer Zentralinstanz überlassen bleiben, die die Gesamtbewegung zu überblicken und das Gesamtinteresse zu berücksichtigen vermag. Darum auch die diesbezüglichen Bestimmungen im Streikreglement unseres Verbandes. Selbstverständlich wird der Zentralvorstand bestrebt sein, bei wichtigen Anlässen, speziell bei größeren Kämpfen, mit den führenden Kollegen in den Ortsgruppen Führung zu nehmen. Die endgültige Entscheidung aber muß ihm überlassen bleiben.

Der Zentralvorstand hat vor allem

### die Genehmigung zum Streik

zu erteilen. Zunächst aus Gründen der Gerechtigkeit. Ein Streik wird in der Regel nicht nur aus den beigesteuerten Mitteln der direkt Beteiligten, sondern aus den Mitteln der Gesamtmitgliedschaft geführt. Es muß darum auch der von der Gesamtmitgliedschaft hierzu bestimmten Instanz die Bewilligung der zur Durchführung des Kampfes nötigen Mittel überlassen bleiben. Dann auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Wollte man die Entscheidung über die Frage, ob gestreikt werden soll oder nicht, jeder Ortsgruppe oder Belegschaft selbst in die Hand geben, so würde das zu einem wilden Drauflosstreiken und folglich zum finanziellen Ruin des Verbandes führen. Weiter erfordert die Frage, ob gestreikt werden soll oder nicht, eine eingehende, sachgemäße und objektive Prüfung. Insbesondere ist zu berücksichtigen:

1. Das Organisationsverhältnis in den an der Bewegung beteiligten und in eventl. Filialbetrieben.
2. Der Geschäftsgang in diesen Betrieben; die Lage auf dem Inlands- und eventl. auf dem Weltmarkt.
3. Die Zugehörigkeit der Firmen zu einer Arbeitgeberorganisation, und die sich hieraus etwa ergebenden Konsequenzen.
4. Die allgemeine und finanzielle Lage des Verbandes.
5. Die Frage, ob der zu erwartende materielle und moralische Erfolg den zu bringenden Opfern entspricht.

Dem im Arbeitsverhältnis stehenden Mitglied fehlt die Zeit und meist auch die nötige Fähigkeit, die Geschäftslage zu überschauen, der nötige Einblick und die nötige Uebersicht, um die allgemeine und finanzielle Lage des Verbandes zu übersehen und der Weitblick und die Erfahrung, um Situationen und Verhältnisse richtig zu erfassen und zu beurteilen. Die an einer Bewegung direkt beteiligten und interessierten Arbeiter und Ar-

beiterinnen sind auch allzuleicht geneigt, vorhandene Schwierigkeiten zu übersehen oder zu unterschätzen und die Situation allzu optimistisch aufzufassen. Die Masse läßt sich zu leicht vom Gefühl leiten oder von radikalen Schreibern beeinflussen. Das ist menschlich verständlich, bei der manchmal so ungeheuer wichtigen und verantwortungsvollen Entscheidung über Krieg und Frieden aber ein gefährlich Ding. Da darf nicht das Gefühl, da hat nicht das Wollen, sondern das Können zu entscheiden. Das mögen unsere Mitglieder bei Bewegungen nie vergessen.

Der Zentralvorstand entscheidet in letzter Linie auch über

**die einzuschlagende Taktik bei Streiks.**

Bei kleineren Streiks wird ja zunächst der Bezirksleiter sich mit den führenden örtlichen Kollegen über die einzuhaltende Taktik zu verständigen haben. Eventuell kann der Zentralvorstand eines oder mehrere seiner Mitglieder auf den Kampfplatz entsenden und diese mit der Leitung der Bewegung betrauen. Das wird besonders bei größeren Kämpfen öfters der Fall sein. Den nach Rücksprache mit dem Bezirksleiter und den führenden Kollegen am Orte von dem Zentralvorstandsmitgliedern angeordneten Maßnahmen haben die Streikleitung und die Streitenden Folge zu leisten. Diese Befugnis des Zentralvorstandes liegt wiederum in der Natur der Sache begründet. Die Arbeiter dürfen bei Bewegungen nicht mit offenen Karten spielen, sonst geben sie die Trümmer aus der Hand. Wird der Arbeitgeber die Taktik der Arbeiter gewahrt, so vermag er sie zu durchkreuzen und unwirksam zu machen. Welch Gaudium für den Gegner, wenn wir den Kampf berührende ungünstige Momente, wie z. B. schlechte Finanzlage der Organisation, an die große Glocke hängen wollten! Nein, solche Fragen sind vertraulich zu erörtern. Das bedingt aber deren Behandlung in engerem Kreis, sie in Massenversammlungen besprechen, hieße dieselben der Öffentlichkeit preisgeben. Damit aber wäre der Sache der Arbeiter ein schlechter Dienst geleistet. Dazu kommt noch, daß speziell bei Massenkämpfen ein einheitliches Vorgehen unerlässlich ist, soll die Bewegung einen günstigen Ausgang nehmen. Das bedingt aber wiederum, daß die Fäden der Bewegung von einer Zentrale aus gesponnen werden. Nun ist doch zweifellos der Zentralvorstand auf Grund seiner Einsicht in die Verbandsverhältnisse und auf Grund seiner reichen Erfahrungen in allererster Linie in der Lage, das Richtige zu treffen. Es ist darum schon eine Forderung der Klugheit, ihm diese Entscheidung zu überlassen.

Der Zentralvorstand hat endlich auch das Recht,

**die Beendigung eines Streiks**

zu beschließen, wenn er von dessen ferneren Ausichtslosigkeit überzeugt ist. Kampf bis zum Weißbluten ist Unsinn. Bisher rechtzeitig einen ehrenvollen Rückzug mit Rückzugsbedingungen, wie eine klägliche Niederlage mit einer ganzen Reihe Gemafregelungen. Rechtzeitiger Abbruch wirkt immer noch imponierend. Die Kraft der Arbeiter ist ungebrochen, sie können zu gelegener Zeit erneut vorgehen. Nimmt der Kampf aber ein klägliches Ende, so sind in der Regel Mut und Kraft der Arbeiter gebrochen und diese selbst auf Jahre hinaus für eine weitere Aktion nicht mehr zu haben.

Der Zentralvorstand muß ferner die Befugnis haben, einen Kampf abzubrechen, wenn dieser die Aussperrung zur Folge hat. Bei ungünstiger Konjunktur oder ungenügender Finanzkraft des Verbandes einen Kiesenkampf aufzunehmen, hieße die Aktionskraft des Verbandes auf Jahre hinaus lahmlegen oder gar den Ruin desselben heraufbeschwören. Auch hier kann die Entscheidung unmöglich den Streitenden überlassen bleiben, da diese die Konsequenzen nicht zu übersehen vermögen und in ihrer Erbitterung nur zu sehr geneigt sind, allen Grundfäden der Verunft widersprechend, den Kampf weiterzuführen.

Die Durchführung dieser bei wirtschaftlichen Kämpfen notwendigen Maßnahmen machen aber eine systematische Erziehung der Mitglieder notwendig. Vor allem eine Erziehung zur

**Disziplin.**

Mitglieder, die sich den Anordnungen des Zentralvorstandes widersetzen, können die Organisation in die schwierigsten Situationen hineintreiben, die derselben schwere finanzielle Opfer kosten können, Opfer, die resultatlos gebracht werden, da an einen Erfolg eines solchen disziplinlosen Vorgehens nie zu denken ist. Solche Mitglieder beeinträchtigen aber auch das Ansehen der Organisation in der Öffentlichkeit. Sie geben weiter den Schmarozkern die denkbar besten Waffen in die Hände, da diese dann mit Recht die Organisation als unzuverlässig bezeichnen und eventl. mit guten Gründen ein Vertragsverhältnis mit derselben ablehnen können. Der Zentralvorstand ist darum schon im Interesse der Gesamtmitgliedschaft gezwungen, rücksichtslos gegen solche Mitglieder vorzugehen. Diese stellen sich durch ihr Verhalten außerhalb des Verbandes und haben auf weitere Unterstützung nicht mehr zu rechnen.

Doch hierzu wird es in den seltensten Fällen kommen, wenn die führenden Kollegen in den Ortsgruppen Disziplin bewahren und in ruhiger und besonnenen Weise ihren Einfluß geltend machen. Das kann und muß der Zentralvorstand auch von ihnen verlangen. Ihre Pflicht ist es, in ersten Situationen auch mal gegen

den Strom zu schwimmen und die Maßnahmen des Zentralvorstandes, der stets nur das Beste der Organisation und damit der Mitgliedschaft im Auge hat, zu verteidigen.

Aber auch die Mitglieder müssen zur Einsicht und Disziplin erzogen werden. Sie mögen bei der Wahl derjenigen, die sie mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen, vorsichtig sein und sich die Tüchtigsten und Zuverlässigsten aussuchen; den einmal Gewählten aber sollen sie Vertrauen entgegenbringen und denselben nicht etwa das Amt durch kleinliche Mordgelei und unangebrachtes Mißtrauen vererben. Die Mitglieder dürfen auch vom Verbanne nichts Unmögliches verlangen. Sie müssen Einsicht und Selbstbeherrschung genug besitzen, um bei ungünstiger Konjunktur oder wenn die Organisation schon in größere Kämpfe verwickelt ist, momentan auf den Streik zu verzichten, oder falls sie im Streik stehen, bei einer etwaigen Aussperrung, die die Organisation nicht auf sich zu nehmen vermag, die Forderungen zurückzuziehen. Vor allem dürfen sich unsere Mitglieder von den Manipulationen und der Heße der Genossen nicht beeinflussen und verwirren lassen. Glauben sie sich durch Maßnahmen des Zentralvorstandes benachteiligt, so steht ihnen ja der im Statut vorgesehene Instanzenweg offen.

So wie die Verhältnisse heute liegen, ist aber endlich auch die Erziehung der Mitglieder zur

**Opferwilligkeit**

erforderlich. Den größeren Kämpfen stets auszuweichen, ist auf die Dauer unmöglich. Was der christlich organisierten Textilarbeiterschaft in manchen Gebieten — wir erinnern nur an Westfalen — heute noch geboten wird, kann sie sich auf die Dauer nicht gefallen lassen. Diese Kämpfe müssen darum durchgeföhrt werden. Nur dadurch werden wir die betreffenden Unternehmerorganisationen zur Anerkennung der Organisation veranlassen können. Die Durchführung dieser Kämpfe aber bedingt auch eine erhöhte finanzielle Leistungsfähigkeit der Organisation. Nun zeigt sich aber mehr und mehr, daß die Ausgabe von Sammellisten bei größeren Kämpfen kaum noch in Betracht kommen kann. Das finanzielle Ergebnis ist zu gering. Auch die Ausschreibung von Extrabeiträgen stößt auf manche Schwierigkeiten und kann nur im äußersten Notfall vorgenommen werden. Das Hauptgewicht ist darum auf die Steigerung der regelmäßigen Einnahmen durch Erhebung entsprechend hoher Beiträge zu legen. In diesem Sinne fortgesetzt zu wirken, ist Pflicht der Verbandsbeamten und der Ortsgruppenvorstände.

Damit hätten wir das Wichtigste gesagt. Die gemachten Ausführungen zeigen, daß die heutigen komplizierten und schwierigen Verhältnisse eine kluge, zielbewußte Taktik doppelt nötig machen. Das haben sowohl die führenden Kollegen in den Ortsgruppen, als auch die Verbandsbeamten und der Zentralvorstand zu beherzigen. Zwischen diesem, wie auch zwischen ihnen und den Verbandsmitgliedern muß gegenseitiges Vertrauen herrschen. Das ist neben einer starken Kriegskasse der wichtigste Faktor zur erfolgreichen Durchführung von Lohnbewegungen und wirtschaftlichen Kämpfen. Wir kennen in unserm Verbanne, wie in den christlichen Gewerkschaften überhaupt, den Gegensatz zwischen Masse und Führer, wie er in manchen sozialdemokratischen Organisationen mehr und mehr in Erscheinung tritt, noch nicht. Er darf auch niemals einreißen. Dafür hat eine durchgreifende Erziehung und Schulung unserer Mitglieder Sorge zu tragen.

**Buchdruckerarif und öffentliches Interesse.**

**1. Die Vergewaltigung der Minderheit.**

„Macht geht vor Recht.“

Grundsatz des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes.

Unter dem Titel „Buchdruckerarif und öffentliches Interesse“ ist im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ieben eine Broschüre erschienen, die in hohem Maße Anspruch auf Aktualität und Wichtigkeit machen kann. Die Entwicklung der tariflichen Verhältnisse im Buchdruckergerwerbe, die zu einer faktischen Monopolstellung des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes geführt hat, ist zu einer Angelegenheit geworden, die weit über den Rahmen des Gewerbes oder des reinen Tarifinteresses hinausragt. Sie ist eine Sache der Allgemeinheit und von großer Bedeutung.

Die Broschüre ist veröffentlicht worden, um der Aufklärung zu dienen, die in einer Versammlung der christlich-nationalen Arbeiter in Essen für die Öffentlichkeit gefordert wurde; denn

„diese muß aus politischen, nationalen und ethischen Gründen wünschen, das ein so wichtiges Gewerbe, wie das Buchdruckergerwerbe, nicht der Sozialdemokratie überantwortet wird“, heißt es in einer Entschliesung dieser Versammlung. Die Versammlung gab der Erwartung Ausdruck,

„daß nach entsprechender Aufklärung die öffentliche Meinung sich fast genug erweist, die Befestigung solch unhaltbarer Zustände zu erwirken. Von den der christlich-nationalen Arbeiterbewegung freundlich gestimmten Kreisen erwartet die Versammlung bei deren Kampf gegen die gefennzeichneter Zustände allseitige und nachdrückliche Unterstützung.“

In diesem Sinne liegt der Zweck der Broschüre.

Um die Grundlage für ihre ganze Besprechung zu geben, begründet die Broschüre zunächst den Standpunkt, daß es sich in dem hochentwickelten Buchdruckerarif von Anfang an nicht um eine einseitige Vertragsregelung der Verhältnisse für die organisierten Unternehmer einerseits und die Mitglieder des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes andererseits handelt, daß der Tarif sich vielmehr von Anfang an auf die Allgemeinheit der Gehilfen gründete. In der Auffassung der Sozialpolitiker gilt die Tarifgemeinschaft als eine Einrichtung mit öffentlichem Charakter. In demselben Sinne entschied ein Urteil des Reichsgerichtes. Praktisch muß ja jeder Gewerbeangehörige Mitglied der Gemeinschaft werden, wenn er ungestört seiner Beschäftigung nachgehen will. Aber auch grundsätzlich und statutenmäßig kann jeder Prinzipal und jeder Gehilfe Mitglied werden. Seiner Entstehung, seinem Inhalte und seiner rechtlichen Stellung nach ist der Buchdruckerarif darnach eine Einrichtung für die Allgemeinheit der Buchdrucker. Aber praktisch:

„Seine Geschichte ist ein einziger Beweis dafür, daß er auf Gehilfenseitegemaltamden Sonderinteressen einer bestimmten Partei die Interessen barg gemacht werden soll. Diese Tatsache fordert das Eingreifen der Allgemeinheit umfomehr heraus, als . . . Interessen höchster Art auf dem Spiele stehen.“

Seit seinem Bestehen ist der Buchdruckerarif fünf Mal revidiert worden, von 1896 an in Zeitabschnitten von je fünf Jahren. Und gleich bei der ersten Erneuerung 1896 erkreute sich der sozialdemokratische Gehilfenverband der einseitigen Bevorzugung durch einige leitende Männer der Prinzipalsorganisation unter vollständiger Verletzung der grundsätzlich und statutarisch zuerkannten Rechte der Minderheitsorganisation und der nichtorganisierten Gehilfen. Und von da an geht die Entwicklung weiter in derselben Richtung, die äußerlich zum Ausdruck kommt in der bedeutenden Anschwellung der Mitgliederzahlen und des Passivenvermögens der sozialdemokratischen Gehilfenorganisation. Im Vergleich dazu war die zahlenmäßige Entwicklung des Gutenbergbundes eine schwache. Aber diese gegensätzliche Entwicklung kam nicht von ungefähr.

„Sie ist das Ergebnis innerer Kämpfe, in deren Verlauf der Verband der deutschen Buchdrucker, unterstützt durch die Prinzipalsorganisation, die gesamten tariflichen Einrichtungen an sich riß. Der Verband der deutschen Buchdrucker verbannt seine Überlegenheit der Mitwirkung der Prinzipalsorganisation, die zeitweilig eine intensive direkte Agitation unter den Gehilfen für den Verband veranstaltete, die es dann zuließ, daß die übrigen tariftreuen Gehilfen im Gutenbergbund als Gehilfen zweiter Klasse behandelt wurden.“

Prinzipal- und Gehilfenorganisation betrieben gemeinsam die Zurückföhung des Minderheitsverbandes, des Gutenbergbundes; die Einrichtungen der Tarifgemeinschaft, die für die Allgemeinheit der Gehilfen, also auch für die Mitglieder des Gutenbergbundes, geschaffen worden waren, wurden die Werkzeuge, mit denen die vollständige Ausstoßung des Bundes aus dem Gewerbe erreicht zu werden versucht wurde. Die Behandlung des Gutenbergbundes durch die Gehilfenvertreter im Tarifamte und durch das Tarifamt selbst ist eine schreiende Ungerechtigkeit, eine rücksichtslose Vergewaltigung einer Minderheitsgruppe durch die herrschende Macht.

Als die Tarifänderung 1901 u. a. den paritätischen Arbeitsnachweis für das Gewerbe brachte, wurde der Gutenbergbund ohne jede vorherige Gegenrede vom Tarifamte mir nichts dir nichts als tarifuntreu erklärt, weil er auf Grund seines Statuts Arbeit vermittelt. Ein Protestbrief des Gutenbergbundes an das Tarifamt hingegen wurde von dem Gehilfenvertreter am Tarifamt mit dem Vermerk zurückgewiesen, daß nur von tariftreuen Organisationen Schriftstücke angenommen würden. Die Bestimmung des Statuts des Bundes über die Arbeitsvermittlung stammte natürlich noch aus der Zeit vor der Einrichtung des paritätischen Arbeitsnachweises, und das Protestschreiben wies darauf hin, daß auch der Verband eine ähnliche Bestimmung in seinen Satzungen habe. Trotzdem diese bodenlos ungerechte Behandlung. Die Tarifuntreuerklärung war nur erfolgt im Interesse des Verbandes der deutschen Buchdrucker, um ihm eine lästige Konkurrenzorganisation wegzuschaffen und ihm eine Monopolstellung im ganzen Tarifverhältnis zu sichern.

Diese praktisch bereits eingeräumte Monopolstellung des Verbandes sollte sahrungsgemäß garantiert werden bei der Tariferneuerung im Jahre 1906. Der damals abgeschlossene Vertrag sah eine Bestimmung vor, wonach sich die Prinzipalsorganisation verpflichtete, nur Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker in ihren Werkstätten zu beschäftigen; umgekehrt verpflichteten sich die Verbändler, nur bei Prinzipalen in Arbeit zu treten, die der Prinzipalsorganisation angehörten. Zwar war in letzter Stunde noch eine Satzung angefügt worden, „daß auch andere Organisationen, welche für die Tarifgemeinschaft wichtig erscheinen, in die Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können, sofern sie den Tendenzen des gedachten Vertrages entsprechen,“ aber mit der Verwirklichung dieser Bestimmung ist es den Tarifinstanzen nie ernst gewesen; sie war praktisch nichts anderes als eine Täuschung der Öffentlichkeit, ein Verdeckmantel für das Monopol, das sich die beiden vertragsschließenden Körperschaften gegenseitig einräumten. Das geht auch hervor aus der ferneren Behandlung, die der Gutenbergbund durch das Tarifamt erfuhr. Die Entscheidung über einen Antrag des Gutenbergbundes, als Vertragsmitglied in die Tarifgemeinschaft aufgenommen zu werden, wurde mit einer nichtsagenden Begründung bald ein ganzes Jahr hinausgeschoben. Warum? Um dem sozialdemokratischen Gehilfenverbände Gelegenheit zur weiteren Festi-

gung seiner Stellung zu geben, ihm Zeit zu weiterer umfassender Werbearbeit zu lassen. Er nutzte denn auch die Zeit weidlich aus, alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, die Gehilfen in seinen Reihen einzufügen. Es bedurfte des Protestes des „Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses“ (Berlin 1907), der ersten Warnung namhafter Sozialpolitiker, um den Monopolvertrag zu Fall zu bringen. Aber die sachungsmäßige Aenderung änderte nichts an dem Vorhandensein des sozialdemokratischen Monopols in der Praxis, denn der Gutenbergbund war von allen Tarifvereinigungen ausgeschlossen, die willkürliche und ungerechtfertigte tarifamtliche Entscheidung vom Jahre 1902, der Bund sei „tarifuntreu“, blieb nach wie vor in Geltung. Einem erneuten Antrage des Gutenbergbundes um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft entzog sich das Tarifamt mit dem Bemerkten, es sei für derartige Sachen nicht kompetent. Daselbe Tarifamt hat seine Kompetenz gar nicht angezweifelt, als es den Gutenbergbund tarifuntreu erklärte. Gines solchen hinterlistigen und feigen Spieles bedurfte der „Verband von Weitraf“, um sich einen unbequemen Gegner vom Halbe zu halten, um eine Minderheitsorganisation rücksichtslos zu majorisieren.

Schließlich mußte die Tarifuntreuerklärung vom Jahre 1902 rückgängig gemacht werden, nachdem diese Ungerechtigkeit volle sechs Jahre zur Gefälligkeit der sozialdemokratischen Gehilfenorganisation bestanden hatte. Ein Jahr später, 1909, kam ein Stützungsvertrag zwischen der Prinzipalsorganisation und dem Gutenbergbunde zustande, der diesen formell in alle Pflichten der Tarifgemeinschaft einsetzte, ihn jedoch von jeglichen Rechten nach wie vor fernhielt. Also: Zwei Gehilfenorganisationen sind einer Tarifgemeinschaft gegenüber in gleicher Weise verpflichtet, dagegen sind die Rechte aus dieser Gemeinschaft fast ausnahmslos einer Gehilfenorganisation übertragen, und zwar einer sozialdemokratischen, die auch in ihrer Art an die Verwirklichung des sozialdemokratischen Endziels mitarbeitet. Diese Gegenüberstellung stellt die im deutschen Buchdruckergewerbe vorhandenen unhaltbaren Zustände ins rechte Licht. Im Tarifauschuss, im Tarifamt, im Kreisamt, im Ehrengerichte, im Schiedsgerichte sitzen Verbändler mit beratender und beschließender Stimme. Beschwerden und Klagen des Gutenbergbundes werden auch vor diesen Instanzen erledigt. Der Angeklagte erledigt also die gegen ihn gerichtete Anklage selbst, klagt er selbst, dann ist er Kläger und Richter in einer Person, Klagen Mitglieder des Gutenbergbundes, dann werden sie abgeurteilt von ihren in gewerkschaftlicher Hinsicht geimigsten Feinden, von ihren glühendsten Hassern. Und diese Zustände sind auch durch die Tarifrevision im Jahre 1911 nicht aus der Welt gekommen, im Gegenteil, sie sind im großen und ganzen für weitere fünf Jahre sachungsgemäß festgelegt worden. Bei der Tarifrevision in diesem Jahre konnten Vertreter des Gutenbergbundes mit beratender Stimme anwesend sein, Anträge stellen konnte keiner von ihnen. Aus Gründen der Gerechtigkeit erhoben Prinzipalvertreter ihre Anregungen zu Anträgen, damit sie wenigstens zur Besprechung kamen. Die Gehilfenvertreter stimmten immer geschlossen dagegen. Schließlich gaben sie die Erklärung ab, keine Einwendungen zu haben, daß Vertreter des Gutenbergbundes gehört werden, wenn An gelegenheiten behandelt werden, die den Gutenbergbund angehen. Ferner soll im Tarifauschuss ein Vertreter mit beratender Stimme zugezogen werden. Sonst bleibt alles beim alten. Der sozialdemokratische Buchdruckerverband behält praktisch sein Monopol, das er rücksichtslos gegen seine Gegner mißbraucht.

### Die Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhr in Wollwaren.

(Siehe hierzu den Artikel in Nr. 49 der Textilarbeiter-Zeitung.)

Von den Wollwaren haben die größte Bedeutung für unsern auswärtigen Handel die Strumpfwaren, die bedruckten und unbedruckten Tuch- und Zeugwaren und die Posamentier- und Knopfmacherwaren.

Die Ausfuhr an unbedruckten Tuch- und Zeugwaren, denen der Ueberficht halber zu gleicher Zeit die Einfuhrzahlen beigegeben sind, betrug:

Jahr	Der Einfuhr		Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.	Menge t	Wert Mill. M.
1893	1764	12,2	21 606	140,4
1894	1622	10,5	19 297	117,7
1895	1437	9,4	23 921	150,7
1896	2009	13,0	23 794	149,9
1897	1456	9,4	22 220	144,4
1898	1645	10,6	20 561	133,6
1899	1732	12,1	20 183	144,3
1900	1995	15,7	21 332	166,4
1901	1624	11,1	21 398	149,8
1902	1778	12,5	22 596	159,4
1903	1812	13,8	23 252	170,3
1904	1747	13,5	24 285	172,7
1905	1889	15,8	24 644	206,5

Die Einfuhr hat seit 1880 abgenommen, sie betrug damals 2186 t im Werte von 19,7 Mill. M. Zeitweise stand sie recht tief, so im Jahre 1888, wo sie nur 9,8 Mill. M. betrug. Ihr gegenüber hat die Ausfuhr an Menge und Wert, wenn auch in langsamem Tempo, sich vermehrt.

Großbritannien stellt das größte Kontingent der bei uns eingeführten Waren. Diese betragen:

1900	1571 t	im Werte von 12,1 Mill. M.
1901	1203	" " " " 8,1
1902	1294	" " " " 8,9
1903	1268	" " " " 9,5
1904	1305	" " " " 9,9
1905	1382	" " " " 11,0

Wir sehen, daß die englische Einfuhr über zwei Drittel der Gesamteinfuhr ausmacht. Die Ausfuhr Deutschlands ist bedeutend. Fast alle Länder, nicht nur des Kontinents, beziehen beträchtliche Mengen Tuch- und Zeugwaren von uns. Die Hauptabnehmer waren im Jahre 1905 Großbritannien, die Schweiz, die Niederlande, Dänemark, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Britisch-Indien usw. Von den genannten Ländern nahm Großbritannien den größten Teil mit 4449 t im Werte von 40,3 Mill. M. ab; ihm folgt die Schweiz mit einer Einfuhr von 2156 t im Werte von 17,0 Mill. M. In ganzen sind es 23 Staaten, die unsere Ausfuhr aufnehmen. Neben den bereits genannten seien noch die Türkei, Japan, China, Norwegen und Italien erwähnt.

Gerade in diesem Artikel zeigt sich so recht die Abhängigkeit unserer Industrie, deren Produktionsüberschuß so gewaltig ist, daß sie die meisten Länder noch mit ihren Produkten versehen kann, ohne daß die Einfuhr bei uns große Zahlen erreichte. Nicht diese große, aber doch immerhin eine nennenswerte Bedeutung hat die Ausfuhr von Strumpfwaren. Sie betrug:

Jahr	Der Ausfuhr		Jahr	Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.		Menge t	Wert Mill. M.
1880	1878	19,2	1893	3529	28,2
1881	1842	22,1	1894	3479	27,8
1882	1920	23,0	1895	3750	30,4
1883	2128	23,4	1896	3391	27,5
1884	2290	24,0	1897	2939	23,8
1885	2639	23,7	1898	2862	24,3
1886	3276	31,1	1899	2746	24,7
1887	3680	33,1	1900	2700	22,9
1888	3600	34,2	1901	2591	20,7
1889	3824	38,2	1902	2796	22,9
1890	3766	37,7	1903	2803	23,8
1891	3981	35,8	1904	2789	25,1
1892	3896	33,1	1905	3088	21,7

Eine eigentümliche Erscheinung zeigt sich uns in dieser Tabelle. Die Ausfuhr erreicht ihren Höchstwert im Jahre 1891 mit 3981 t. Von diesem Jahre an fällt die Ausfuhr stetig bis zum Jahre 1901, wo sie mit 2591 t im Werte von 20,7 Mill. M. ihren Tiefstand erreicht. Das Ausfuhrquantum steigt nun wieder und erreicht 1905 wieder fast dasjenige von 1886, bleibt jedoch hinter dessen Werte mit fast 10 Mill. M. zurück. Diese Tatsache ist un schwer zu erklären. Die Haupteinfuhrländer sind vor allem England, dann aber auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Einfuhr ist bei beiden zeitweise stark zurückgegangen. Die Ausfuhr nach diesen Ländern bleibt 1905 noch stark hinter der des Jahres 1891 zurück. Die Konkurrenz gerade in den genannten Ländern, hauptsächlich aber in den Vereinigten Staaten, ist eben selbst sehr erstarbt, und nur mit außerordentlichen Opfern ist es der deutschen Industrie gelungen, ihren Export auf die Höhe zu bringen, die ihrer Produktionsfähigkeit entspricht; die außerordentlichen Opfer bestehen in starken Preisnachlässen, wie sie sich ja aus den oben genannten Zahlen ergeben. Der Wert der ausgeführten Ware betrug 1880 19,2 Mill. M., 1905 21,2 Mill. M. Gätte sich der Wert im gleichen Verhältnis zur Ausfuhr vermehrt, so müßte er 1905 31,6 Mill. M. betragen haben. Als Einfuhrländer kommen für unsere Strumpfindustrie außer den genannten noch Belgien, die Niederlande, die Schweiz und die Türkei in Betracht.

Die Einfuhr Deutschlands an Strumpfwaren ist ganz unbedeutend. Seit 1890 bleibt ihr Wert weit hinter 1 Mill. M. zurück.

Von den oben genannten Waren bleibt noch die Ausfuhr der Posamentier- und Knopfmacherwaren zu betrachten. Erreicht ihr Wert auch nicht den der beiden vorher besprochenen Waren, so steht sie doch an dritter Stelle derjenigen der Wollwaren überhaupt. Sie betrug:

Jahr	Der Ausfuhr		Jahr	Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.		Menge t	Wert Mill. M.
1880	1820	21,8	1893	1654	23,2
1881	1632	17,9	1894	1463	20,5
1882	1607	16,1	1895	1327	18,6
1883	1456	14,6	1896	1266	16,5
1884	1517	15,2	1897	1425	18,5
1885	1471	13,2	1898	1607	20,9
1886	1461	20,5	1899	1620	21,9
1887	1265	17,7	1900	1411	19,8
1888	1475	20,7	1901	1078	14,5
1889	1513	22,7	1902	1094	14,8
1890	1503	21,0	1903	1012	14,2
1891	1230	16,0	1904	1107	15,5
1892	1073	12,9	1905	923	13,4

Der Strumpfwarenindustrie ist es gelungen, die Ausfuhr des Jahres 1880 wenigstens der Quantität nach bei weitem zu überholen. Nicht so der Posamentier- und Knopfmacherindustrie. Seit 1880 bis 1905 ist die Ausfuhr fast um die Hälfte zurückgegangen. Einige günstige Jahre vermögen das ungünstige Gesamtbild nicht zu beeinflussen. Der Rückgang ist in erster Linie auf den verminderten Export nach Großbritannien zurückzuführen. Dieser betrug 1880 noch 730 t im Werte von 8,8 Mill. M. — also über ein Drittel der Gesamtausfuhr. Im Jahre 1905 dagegen stellte er sich nur noch auf 223 t im Werte von 3,2 Mill. M. Als Exportländer haben außer England noch die Niederlande und China eine Bedeutung. Besonders das letztere beginnt immer mehr ein sehr abfahfähiger Markt für die in Frage kommende Industrie zu werden. Die Einfuhr dahin betrug 1880 erst 4 t, 1905 dagegen 240 t im Werte von 3,5 Mill. M. Die Einfuhr nach Deutschland war und ist gering; sie erreichte 1905 kaum 100000 M.

### Aus der Arbeiterbewegung.

**Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung.**  
Im Osten Deutschlands, wo im Gegensatz zum industriereichen Westen die Arbeiterbewegung überhaupt langamer vorwärts schreitet, haben sich die christlichen Gewerkschaften sehr schwer Boden erringen können. In letzter Zeit zeigen sich aber auch hier Fortschritte. Auf einer am 17. November in Breslau abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz waren über 10000 Mitglieder christlicher Berufsverbände aus der Provinz Schlesien und 3500 Mitglieder aus der Provinz Posen vertreten. Im Osten macht sich die Zersplitterung durch die Berliner Fachabteilungsbewegung besonders nachteilig bemerkbar, sonst würde die christliche Bewegung schon bedeutend stärker sein.

In Baden haben die christlichen Gewerkschaften in der Zeit vom 4. bis 19. November als Einleitung einer durchreisenden Winteragitation 80 öffentliche Versammlungen abgehalten, die von insgesamt 11000 Personen besucht waren. Der Verlauf der Veranstaltungen eröffnet gute Aussichten für eine günstige Weiterentwicklung.

In der Gesamtbewegung zeigen sich ebenfalls beachtenswerte Fortschritte für das laufende Jahr. Nach den Angaben in der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes (Oktoberheft 1911) schloß der christliche Metallarbeiterverband das dritte Quartal mit einem Mitgliederbestand von 42438 ab, gegen 33963 am Jahresanfang, der Zentralverband christlicher Textilarbeiter mit 42635 gegen 40320 Anfang 1911, der Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit 16075 gegen 13407 zu Anfang des laufenden Jahres. Eine erhebliche Mitgliederzunahme hat auch der Zentralverband christlicher Bauarbeiter zu verzeichnen.

**Ueber das Tarifwesen in den M.-Gladbacher Werbereien** schreibt unser Kollege Hermes in der „Sozialen Praxis“ folgendes:

„In früherer Zeit war es hier vielfach üblich, für jeden zu verarbeitenden Artikel oder für jede Qualität der Ware einen besonderen Lohn festzusetzen. Alle Waren- oder Qualitätsbezeichnungen konnten auf der Lohnliste gefunden werden. Bei Einführung einer neuen Gattung wurde ausprobiert, wieviel ein Weber am Tage leisten konnte, und entsprechend diesem Ergebnis wurde dann der Akkordlohn festgesetzt. Ein Uebelstand, der diesem System anhaftete, bestand darin, daß mit der Ausprobierung nicht selten Weber betraut wurden, die in ihren Leistungen hervorragten. Da dieses nun bei Bemessung der Akkordlöhne öfter außer acht gelassen wurde, kam in diesen Fällen ein niedriger Akkordlohn heraus. Die Firmeninhaber, die die Lohnfestsetzung nicht immer selbst vornahmen, waren genötigt, hiermit Angestellte zu betrauen. Unter diesen hat es auch solche gegeben, welche, um sich die Gunst des Prinzipals zu erhalten, dahin strebten, die Akkordsätze möglichst niedrig zu erhalten. Die Folge hiervon war nun, daß nach diesem System manchmal dieselben Arbeitsleistungen ungleich entlohnt wurden. Die Weber sahen dies bald, und ihre Unzufriedenheit wird begreiflich gefunden werden. Durch mehrfache Klagen der Unzufriedenheit wurde auch eine Aenderung erreicht.

Der erste Fortschritt führte zu einer mehr allgemeinen Berechnung. Die Grundlage bildete die Zahl der auf einen Zoll eingeschossenen Schüsse. Der Lohn wurde dementsprechend für das Meter festgesetzt. Jedoch auch dieses System gab noch zu Streitigkeiten Anlaß.

Besonders über die Feststellung der Stücklänge kam es mitunter zu Auseinandersetzungen. Der Weber erfah aus dem Scherzettel, d. i. der Anweisung an den Kettenmacher, wie lang die einzelnen Stücke geschoren worden waren. War nun der Unterschied zwischen der angegebenen und der ermittelten Stücklänge zu groß, so war der Grund zum Mißtrauen gegeben, dessen Folge sich in Reklamationen zeigte. Solche haben schon darin geführt, daß sich die Weber ihre Stücke in ihrem Weissen nachmessen ließen. Hierbei ist es aber vorgekommen, daß beim zweiten Messen noch ein kürzeres Maß als beim ersten Mal herauskam. Dies konnte nur so geschehen, indem der Messende beim Anlegen des Meßstabes an die Ware jedesmal Daumenbreite zugab und außerdem das Stück nicht stramm anzog. Es soll aber hiermit nicht gesagt sein, daß solche Manipulationen im Auftrage der Fabrikanten erfolgten. Es hat Fabrikanten gegeben, welche bei Wahrnehmung einer solchen unlauteren Handlung den Betreffenden sofort vor seinem Posten enthoben.

Durch Fortschritte in der Technik wurden Maschinen erzeugt, mit denen sich die Länge der gewebten Stücke feststellen ließ. Bei diesen war der vorerwähnte persönliche Einfluß bei Feststellung der Länge ausgeschlossen. Jedoch waren auch bei diesen Streitfälle noch nicht ganz ausgeschlossen. An den Maschinen waren Vorrichtungen angebracht, welche das zu messende Stück in Spannung hielten. Diese sind hier und da schon außer acht oder unbenutzt gelassen worden. Es mußte deshalb nach einem besseren System getrachtet werden.

Um Ungleichheiten zu ebnet, war die Berechnung der Löhne besonders in der Wollwarenindustrie geändert worden. An Stelle von Meterlöhnen wurde eine Lohnberechnung für je 1000 Schuß eingeführt. Anfangs wurden diese ungefähr durch die Länge des Stückes ermittelt. Jedoch gab es auch hier ein technisches Hilfsmittel. Mittels sogenannter Tourenzähler, im Sprachgebrauche der Arbeiter „Schußuhren“ genannt, ließ sich die Zahl der eingeschossenen Schüsse nach Anbringung der Uhren an dem Webstuhl genau feststellen. Sie ergänzten das Lohnsystem. Dieses muß als das gerechteste bezeichnet werden.

Es ist nun erforderlich, eine andere Seite der Lohnzahlung zu beleuchten. In den Lohnlisten waren die Akkordsätze auf unbestimmte Zeit festgesetzt. Als es noch Akkordlöhne gab, galten diese mitunter nur für

eine Saison. Findige Köpfe haben es schon fertig gebracht, wenn die Weber bei einem Artikel etwas verdient hatten, denselben in einer neuen Saison anders zu benennen, um so ohne Aufregung zu erzeugen, den Affordlohn herunterzudrücken.

Aber auch zu der Zeit, als nicht mehr der Name für die Ware maßgebend war, blieben Streikigkeiten nicht aus. Einzelne Firmen hatten es zur Gewohnheit, die Affordläge in der Zeit einer ungünstigen Konjunktur zu kürzen. Dies hatte zur Folge, daß die Weber beim Einsetzen einer besseren Geschäftslage eine Kampfesstellung einnahmen, um das Verlorene wieder zurückzuerobieren. So ging es immer auf und nieder.

Sedoch auch diesem Uebelstand versuchten die Weber mit Hilfe der inzwischen stärker gewordenen Arbeiterorganisationen zu steuern. Bei Lohnstreikigkeiten wurde nun dahin gestrebt, die vereinbarten Affordlöhne für längere Fristen (1. bis 2 Jahren) untüchtbar festzulegen. Diesem Vorhaben wurde anfangs entschiedener Widerstand entgegengelegt. Er ist jedoch zum Teil schon aufgegeben. Mit 10 Firmen bestehen schon auf bestimmte Zeit lautende Abmachungen. Die Beteiligten sind auch im allgemeinen hiermit zufrieden. Sie haben den Wert solcher Festlegungen kennen und schätzen gelernt. In einem Falle, wo die Weber den bestehenden Tarif ordnungsmäßig zum Ablauf gekündigt hatten, ließ sich bei den Erneuerungsverhandlungen schlecht eine Einigung erzielen. Die Weber boten bei dieser Gelegenheit an, zu den bestehenden Bedingungen ungebunden weiterzuarbeiten. Die Firma erklärte hierauf: „ohne Tarif auf Zeit lasse ich überhaupt nicht mehr arbeiten.“

Es wäre nur zu wünschen, daß die den Organisationen noch fern stehenden Arbeiter den Wert solcher Vereinbarungen mehr würdigen lernten. Sie würden sicher für die Vorteile, welche diese bieten, den Beitrag an die Organisation gern aufbringen. Andererseits ist den hiesigen Fabrikanten die Tarifrage in ihrer ganzen Tragweite noch nicht genügend bekannt, sonst würden sie derselben keinen Widerstand entgegensetzen. Würden deshalb zum Wohle aller immer mehr solche Verträge zum Abschluß gelangen, wodurch Ruhe und Stabilität im Gewerbe gesichert werden.“

**Streiks und Volkswirtschaft.** Ueber die von den Arbeitgebern so oft betonte „bedeutende Schädigung der Volkswirtschaft durch die Streiks“ schreibt die letzte Nummer der „Konjunktur“, Wochenschrift für Kapital und Arbeit, einige bemerkenswerte Gedanken.

Lohnkämpfe schaden bis zu einem gewissen Grade die Volkswirtschaft; sie schaden den bestreikten Unternehmern und den streikenden Arbeitern und ähnen weit über den Preis der kämpfenden Parteien hinaus ihre schädigende Wirkung aus. Aber es sei grundverfehlt, für den Schaden die streikenden Arbeiter verantwortlich zu machen. „Oder sollen die Arbeiter auf Forderungen zur Erhöhung ihres Lohnniveaus verzichten? In einer Zeit verzichten, wo Kartelle, Trusts, Spekulantengruppen, das Börsenpublikum, Konventionen, Monopole den Markt durch ihre Preisstrategien fortgesetzt beunruhigen, schädigen und verwirren? Da will man den Arbeitern einen Streik daraus drehen, daß sie angesichts der allgemeinen Jagd nicht nach Verdienst, sondern meistens nach Gewinn, nach teilweise ganz ungebührlich hohem Gewinn — daß sie ihren Arbeitsverdienst zu steigern trachten?“

Es mag zugegeben werden, daß die immer kräftigeren Lohnbewegungen den Arbeitgebern sehr unangenehm und hinderlich sind, aber sind wir noch so weit zurück in der Bewertung der Arbeitsleistung des Menschen, daß wir ihr das wirtschaftliche Aufsteigen verwehren möchten, damit der mühevolle Kapitalgewinn den Verdienst aus Arbeit um so ungehinderter noch weiter schmälere? Man bestreitet oft, daß die Streikerfolge das Lohnniveau der Arbeiterschaft erhöhen, die Kosten der Kämpfe seien im Effekt höher als die erreichten Lohnzunahmen. Diese Behauptung ist falsch, und die dafür gegebenen Beweise sind nicht beweiskräftig. Aber wenn der Einwand richtig wäre, so würde daraus nur folgen, daß die Arbeiter sich noch enger zusammenschließen müßten, um auf dem Arbeitsmarkte genau so machtgebietend dazustehen wie Kartelle usw. auf dem Warenmarkte. Die Volkswirtschaft kann den Schaden, der ihr aus den Lohnkämpfen vorübergehend erwächst, weit leichter verkraften als den Schaden, der einer Volkswirtschaft aus einer unorganisierten widerstandslosen Masse von Arbeitern auf die Dauer entstehen würde. Die deutsche Industrie dankt ihre vorzügliche Arbeiterschaft zum Teil der Schulung der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Und diese Schulung legt ihre Examina bei den Lohnkämpfen ab, die um so eher vermieden werden können, je früher die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen sich gleich stark einander gegenüberstellen. Nicht gegen die Lohnkämpfe richtet man daher vergebliche und zwecklose Angriffe, sondern gegen die Indolenz der Arbeiter und Arbeitgeber, die sich weigern oder die zu träge, auch wohl noch zu rückständig sind, um sich ihren Organisationen anzuschließen. Aber den Streik als ein die Volkswirtschaft schädigendes Mittel bezeichnen zu wollen, wäre nur dann berechtigt, wenn man den Arbeitern ein harmloses, aber ebenso wirklames Mittel, ihr Lohnniveau im Kampfe auf dem Arbeitsmarkte erhöhen zu können, nachweisen würde. Ein solches Mittel gibt es nicht, und darum bleibt der Streik die einzige Waffe, mit der der Arbeiter seine Ansprüche letzten Endes wirksam geltend machen kann.“

**Klassenkampf von oben.** Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, das führende Organ der organisierten Unternehmer, wendet sich (Nr. 46, 12. Nov. 1911) gegen die von hervorragenden Sozialpolitikern und Freunden des gewerblichen Friedens erstrebte Einrichtung eines ReichsEinigungsamtes:

Dann lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskämpfe, als sie uns bisher schon beschieden war! Raffen sich die deutschen Unternehmer unter ihrem Druck — und es wird das sicherlich nicht mehr lange ausbleiben — zu der vollen Wehrhaftigkeit auf, die ihnen in Wahrheit zu Gebote steht, dann wird es ihnen trotz allem gelingen, dem Gegner auf dem Arbeitsmarkte zum letzten Ende aus eigener Kraft den Respekt beizubringen, den sie im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Nationalwohl unbedingt zu verlangen haben. Der behördlichen Bevormundung aber in Gestalt der Verwirklichung der Zwangsveröhnungsträume unserer sozialideologischen Bureaukraten vermögen sie für heut und alle Zeit bestens zu entraten!

Dieser Kampfanfahre gegenüber muß es höchst sonderbar anmuten, wenn dieselben Unternehmer oder ihre Vorführer nicht müde werden, über die Streiklust der Arbeiter, über die Zunahme und Verschärfung der Arbeitskämpfe zu lamentieren. Gehehlich sanktionierte Einigungsämter lehnen sie scharf ab, aber gesetzliche

Maßnahmen zur Lahmlegung der Gewerkschaften fordern sie in einem fort. Sie wollen eben unbeschränkt herrschen, den Arbeitern die Bedingungen einseitig diktiert, und der Staat soll ihnen dabei hilfreiche Hand leisten. Daß dies im Hinblick auf das „Nationalwohl“ notwendig sein soll, ist eine anmaßliche Behauptung, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat Gott sei Dank doch eine andere Auffassung vom Nationalwohl, wie die Klassenkämpfer vom Schlage der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.

**Das christliche Tarif- und Arbeitsmonopol in Regensburg** spukt noch immer in der sozialdemokratischen Presse herum, als ob die Genossen damit ihr eigenes in der Hinsicht sehr schuldbeladenes Gewissen erleichtern möchten. In Regensburg soll in drei Werkstätten der christliche Verband für das graphische Gewerbe einen Monopolvertrag abgeschlossen haben. Bekanntlich ist aber die Sache ganz anders, als es die Genossen hinstellen. Von einem Arbeitsmonopol, wie es sozialdemokratische Verbände in mehreren Berufen bereits abgeschlossen haben, kann gar keine Rede sein. Weber hat der christliche graphische Zentralverband die Ausschließung des roten Buchbinderverbandes gefordert noch gutgeheißen. Im Gegenteil hat sich der christliche Verbandsvorsitzende Hornbach bei den Unternehmern dafür verwandt, den roten Verband zum Verhandeln wie zum Tarifabschluß zuzuziehen. Als die Arbeitgeber das strikte ablehnten und erklärten, entweder mit dem christlichen Verband allein oder gar nicht, da haben die christlichen Arbeiter den Tarif abgeschlossen, um nicht alles preiszugeben. Die ungläubigste Annahme der Genossen, die christlichen Gehilfen sollten zwecks Anerkennung des roten Verbandes in den Streit eintreten, ist selbstverständlich mit gebührender Entschiedenheit abgelehnt worden. So liegen die Tatsachen.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes der Buchbinder, Herr Kloth, schreibt nun in der „Sozialen Praxis“ einen von Unwahrheiten strotzenden Artikel über die Angelegenheit. Zwar fügt die „Soziale Praxis“ dem Kloth'schen Artikel eine Darstellung des „Zentralblattes“ an, aber die Redaktion meint doch, der „Zentralblatt“-Darstellung einen „Schwanz“ anhängen zu müssen, aus dem sich leicht ein Vorwurf für den christlichen Verband lesen läßt. Dagegen wendet sich nun das Organ des christlichen Verbandes für die graphischen Berufe ganz entschieden: „Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Arbeiter in jedem Gewerbe, in jedem Betriebe arbeiten könne, auch dann, wenn er seine christliche — oder im anderen Falle sozialistische Ueberzeugung — nicht der Majorität der Kollegen zum Opfer bringt. Wir fragen: Wo ist der Vertreter der „freien“ Gewerkschaften, der beweisen kann, daß dieser Grundsatz von Genossen gegenüber andersgesinnten Arbeitern in der Theorie oder in der Praxis befolgt worden wäre?“

Wir christlichen Arbeiter müssen seit Jahren die rohesten Beschimpfungen, den heißesten Spott der „Genossen“ über uns ergehen lassen, und das Uebermaß dieses leidenschaftlichen Hasses ist in jenen Tarifverträgen dokumentiert, die bestimmen, daß nur Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes Recht auf Arbeit haben. Solche bestehen im Chemigraphen-, im Friseur-, im Bäcker-, im Töpfer- und im Kürschnergewerbe, zum Teil für ganz Deutschland, zum Teil für einzelne Orte geltend. Die „freien“ Verbände sind stolz

### Else Thme.

Ein Erlebnis von der Agitation, von F. S.  
(Schluß.)

Ich lenkte das Gespräch nochmals auf die Fabrik zurück — ob es hier nicht lieber sei, wieder zu ihrer Arbeit zurückzukehren: sie konnte ja schon verdienen. Die Schwester und der Bruder würden sich gewiß sehr freuen, wenn sie wieder käme; es wäre auch viel besser, wenn sie noch in der Heimat neben der Fabrikarbeit etwas lernte. Und wenn sie schon ein paar Jahre älter sei und habe sich bemüht, mehr zu lernen, dann könne sie immer noch in Stellung gehen. Später brauche sie dann keine so trüben Erfahrungen mehr zu machen, wenn sie selbständiger und klüger sei. Ich schilderte ihr das Leben in der Welt draußen in eindringlichen Worten. Sie bejahte mich. Dann sagte sie: „Ja, Fräulein, ich will Ihnen folgen, ich will lieber nach B. zurück und wieder in der Fabrik arbeiten.“ „Dann wollen wir auch gleich zusammen dahin fahren, denn mich führt meine Arbeit eben dahin und es ist mir möglich, dort für dich zu sorgen, weil ich eben mit mehreren Textilarbeiterinnen zusammenkomme. Ist's dir recht?“

Das Mädchen dankte in überdringlichen Gefühlen und schaute jetzt mit etwas heiterer Miene dazwischen — es durfte ja wieder heim! Je näher es der Heimat mit dem nächsten Zuge entgegenging, umso mehr kam die jugendliche Lebhaftigkeit zum Ausbruch, und wir freuten uns alle von Herzen, daß das Mädchen sich so glücklich zeigte.

Ja B. angekommen, war unsere Sorge, ein Quartier für die jugendliche Gefährtin zu bekommen. Als wir bei Bekannten vorsprachen, wurden wir bedauernd abgewiesen: Es sei nicht möglich, jemanden zu behalten! Mütterliche Mitleid fesselte uns auf. Als ich mit mehreren Textilarbeiterinnen zusammentraf und mit ihnen über die Unterbringung des Mädchens sprach, mußte ich wiederholt eine besondere Rücksichtnahme heucheln. Und es war anfangs nur ein Flüstern untereinander: „Die Thme, die Else Thme, die ist wieder da.“

Da suchte ich mit einer älteren Arbeiterin eine Aussprache herbeizuführen, um zu erfahren, wie sich die Sache verhalte. Ein seltsam Bild wurde mir da aufgerollt. Else Thme war aus einer Arbeiterfamilie, deren sittlicher Wert gleich Null war. Der Vater, der nicht der fleißigste Arbeiter war, hatte sich ja gegen Gesetz und Recht vergangen, daß er dafür im Zuchthaus zu büßen gehabt. Fröhlich war er gestorben; die Mutter dagegen unterhielt ein Verhältnis, welches für das heranwachsende Kind zum Vergernis sein mußte. Die Mutter aber lebte noch und zwar in ärmlichen Verhältnissen. Else sollte für ihr Brüderchen und das kleinste Schwesterchen den Unterhalt verdienen. Doch sie hatte nicht viel von Opferwilligkeit und Pflichtgefühl gehört; sie hatte ja so wenig gutes Beispiel bekommen, daß bald in ihr jeder bessere Zug, jede Anlage zur Tugend verdorben und verloren gegangen war. Das Mädchen wollte manche liebe Zeit nicht arbeiten; bei Nachtzeit trieb es sich draußen herum, so daß mehr wie einmal die Polizei das Mädchen nach Hause bringen mußte. Ein Zusammenleben mit der Mutter war ihr bald nicht mehr angenehm, und schließlich war es bei fremden Leuten in Kost gegangen. Ein solches Geschöpf wollte man jedoch nirgends lange. Da packte die Waghalsige ihre Habseligkeiten zusammen und ging von B. fort! Die Geschichte mit der Stellenvermittlerin wurde von der Arbeiterin nicht für wahr gehalten; aber das war richtig, daß eine Verwandte auf dem Lande sich des Mädchens angenommen und es auf dem Felde arbeiten ließ. Und jetzt nach 6 Wochen konnten wir sie wieder zurückbringen!

Das waren tiefgehende Enthüllungen, die uns die Arbeiterin machte; nie und nimmer hätten die Passagiere, welche die Gefühlsausbrüche des armen Mädchens beobachtet hatten, eine so geriebene Heuchlerin dahinter vermutet. Fast unbegreiflich schien es mir, wie das Mädchen noch so lebhaft sein konnte auf dem Wege zur Heimat, wo es sich doch eigentlich schämen sollte.

Aber das Benehmen war ja auch erklärlich: Die Erziehung und die verfehlten Einflüsse, wie sie auf das Mädchen schon eingewirkt hatten, konnten zu keinem anderen Resultat führen. Der Unterschied zwischen gut und böse war vollständig verwischt, und mehr als zuvor

sagte ich mir, es ist ein armes Kind! Niemand wollte sich nun des Mädchens annehmen, und so blieb nichts anderes übrig, als demselben Logis in einem Gasthause zu besorgen. Ehe ich mich von dem armen Wesen verabschiedete, sprach ich noch zu ihm von der Pflicht zu arbeiten und etwas zu lernen; ich bat es, sich doch in Zukunft zu bemühen, brav und ordentlich zu bleiben. Alles wurde versprochen. Unvermittelt fragte ich dann: „Und wie steht es denn mit deiner Mutter? Ich weiß, daß sie noch lebt, und deshalb sollst du ihr eine fleißige Tochter sein.“ Das Mädchen aber zuckte mit keiner Wimper, so sehr ich ihm dabei ins Auge sah. Eine Antwort gab es nicht; auch kam keine Anklage, kein Wort der Verachtung für die Mutter von den Lippen. Mir schien es, als ob sich das Mädchen der eigenen Mutter schämte und deshalb hatte es wohl auch zuerst gelogen. Von neuem regte sich mein Mitleid, das bei den Entdeckungen, die ich im Gespräch mit der Arbeiterin machte, sehr erheblich geschwunden war. An der Mutter hatte das Mädchen den Halt verloren, den es so notwendig gebraucht hätte; in der Heimat war es verachtet, und wenn sich sonst niemand um dies Menschenkind annahm, dann mußte es im Strudel des Lebens zu Grunde gehen — wie eine Blume, die ihrem Erdreich entzissen, mit Füßen getreten und nirgends wieder Wurzel fassen kann, verwelken muß. —

Das ist die Geschichte eines armen Kindes, wie sie die Erziehung und die Verhältnisse, sowie der jugendliche Unverstand zeitigen mußte. Ähnliche Bilder könnten noch viele gezeichnet werden, besonders in den Fabrikorten. Aber es ist viel besser, praktisch einzugreifen und die mancherlei Vorurteile abzulegen. Aus manch einem halbverkommenen Wesen wäre noch ein nützlichem Glied der menschlichen Gesellschaft zu machen, wenn es wieder einen Halt finden könnte.

Hier finden die Mitglieder unserer konfessionellen Arbeiterinnenvereine und insbesondere die Kolleginnen unserer christlichen Berufsverbände noch recht viel Gelegenheit, den jugendlichen Geschöpfen mit Rat und Tat beizustehen — sich sozial zu betätigen. Dazu möchte ich alle rechtlich denkenden Arbeiterinnen auffordern. Es gibt so viele „arme Kinder“!

# Mitglieder, gedenket Ihr auch der ausgesperrten Tabakarbeiter?

auf eine solche Ueberlegenheit, und ihre Mitglieder in solchen Gruppen, die kein offizielles Monopol durchbrechen konnten, sind eifrig bemüht, diesen Mangel durch die perfideste persönliche Verunglimpfung wettzumachen, wo immer es hierzu Gelegenheit gibt.

Das eine von leidenschaftlichem Haß diktierte Agitationsmethode der „freien“ Verbände auch in solchen Betrieben groß geworden ist, die nur Gegenstände und Werke der christlichen Kunst oder andere den Bedürfnissen des christlichen Volkes dienliche Produkte herstellen, ist Tatsache. Nun haben einige katholische Verleger in Regensburg sich gesagt: wenn die christlichen Arbeiter in anderen Betrieben wegen ihrer Ueberzeugung unmöglich gemacht werden, dann haben wir schließlich die Pflicht, solchen Arbeitern in unseren Betrieben ein Unterkommen zu bieten.

Diese Erkenntnis wird, wenn sie besteht, von uns gerne anerkannt, ja wir fügen dem hinzu, daß wir ein wohlbegründetes Recht haben, eine solche Stellungnahme der katholischen Verleger zu fordern. Jrgendwo müssen wir ein Recht auf Arbeit haben. Wenn wir es in sozialistischen Betrieben nicht haben, verstehen wir das, denn von jenen Leuten erwarten wir tatsächlich nichts, was man mit „persönlicher Freiheit oder Meinungsfreiheit“ bezeichnen könnte. Wenn wir aber auch in anderen bürgerlichen Unternehmungen, ja selbst in staatlichen Betrieben, vor der wütenden Haß der „modernen Arbeiterschaft“ nicht gesichert sind, wohin sollen wir dann flüchten? —

Trotzdem wollen wir nicht, und zwar unter keinen Umständen, daß in irgend einem katholischen oder christlichen Betrieb der Satz Geltung habe: hier werden nur christliche Arbeiter beschäftigt. Wir protestieren gegen jede Monopolisierung der Arbeit. Wenn jedoch von den „freien“ Verbänden an der Praxis festgehalten wird, daß man die „Christen“ anderswo nur unter Umständen „dulden“ will, dann müssen wir, wenn wir unsere Existenz nicht einem brutalen Gegner ausliefern wollen, von den christlichen, von den staatlichen, ja von allen national-gefinnten Kreisen erwarten, daß sie uns in unserem Existenzkampf nicht an Theorien fetten.

Von einem Tarif- oder Arbeitsmonopol der Christlichen kann bei dem Regensburger Abschluß gar nicht die Rede sein. Denn erstens gelten die beruflichen Abmachungen für alle Berufsangehörige, und es ist keine Formel festgelegt, die einseitig den Arbeitsnachweis für eine bestimmte Gewerkschaft verlangt. Zweitens sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftler nie dem Druck der Firmen oder der christlichen Organisation ausgesetzt gewesen.

**Wann ist ein Verband sozialdemokratisch?** Diese Doktorfrage versuchte der bayerische Verkehrsminister von Frauenborfer bei den Debatten zu lösen, die in der Folge zur Auflösung des bayerischen Landtages führten. Es handelte sich um den süddeutschen Eisenbahnerverband, an dessen Adresse der Minister eine Warnung gerichtet hatte, weil er der sozialdemokratischen Gesinnung stark verdächtig sei. Die Sozialdemokraten interpellierten der Warnung wegen, dabei erklärte der Minister, eine Untersuchung habe ergeben, daß tatsächlich manches für die Annahme spreche, der Verband trage einen sozialdemokratischen Charakter. So u. a.:

1. Die Tatsache politischer Agitation in den Werkstätten.
2. Die einflussreiche Stellung von Sozialdemokraten im Verband.
3. Stellen aus dem Verbandsorgan.
4. Das Auftreten sozialdemokratischer Redner in Verbandsversammlungen.
5. Die Tatsache, daß Mitglieder des Verbandes als sozialdemokratische Gemeindevorsteher amtieren.
6. Die finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen Partei durch den Verband.
7. Die Zugehörigkeit einzelner Zweigvereine des Verbandes zu den Kartellen der freien Gewerkschaften.

Diese Tatsachen reichten aber nicht aus, um den Verband für eine sozialdemokratische Organisation zu erklären und den Eisenbahnern den Beitritt zu verbieten. Das Ministerium habe sich deshalb mit einer Warnung begnügt. Auf Grund der genannten Tatsachen ist nach Meinung des Herrn von Frauenborfer der süddeutsche Eisenbahnerverband keine sozialdemokratische Organisation. Wir sind nur neugierig, wie in den Augen des Ministers denn nun eigentlich eine sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation auszuweisen muß. Vielleicht erleben wir's noch, daß der bayerische Verkehrsminister ein Musterstatut entwirft für rote Organisationen. Alle Verbände, die dieses Statut dann ablehnen, können als sozialdemokratisch nicht angesprochen werden, mögen sie sich noch so viel für die Sozialdemokratie betätigen.

**Ferien für die Textilarbeiter.** Nach einem Bericht des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands ist unlängst eine Umfrage in einigen Ländern veranstaltet worden darüber, wie weit in der Textilindustrie des Landes Ferieneinrichtungen für die Arbeiter beständen. Das Ergebnis der Umfrage ist ein recht dürftiges, nur ganz wenige Textilarbeiter können sich einiger Tage der Ausspannung und Erholung unter Fortzahlung des Lohnes erfreuen. Aus Oesterreich wird gemeldet, daß dort von bezahltem Urlaub in der Textilindustrie nichts bekannt sei. In Holland sind nach der Umfrage in zwei Orten, Enschede und Hengelo, in zwei Textilfabriken einige Tage

Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bestimmten Arbeitergruppen eingeräumt. Aus der Schweiz können von zwei Schiffstickerereien bezahlte Ferien berichtet werden. Doch marschiere dort die Sache. Am besten sind in der Hinsicht die englischen Textilarbeiter daran, die jedes Jahr einige Tage Ferien haben und den Lohn für die Zeit im Voraus bezahlt bekommen. Sie haben unter sich Ferienklassen eingerichtet, in die ein Teil der Arbeiter einen bestimmten Zuschuß einzahlte, der dann zur Ferienzeits vielfach zu Reisen verwendet wird. Jedoch haben von dieser Einrichtung nur verhältnismäßig wenig Arbeiter Gebrauch gemacht.

Aus Deutschland sind von 350 Umfragen 26 Antworten in bejahendem Sinne erfolgt. In diesen 26 Orten hatten 35 Betriebe mit zusammen rund 10300 Arbeitern Ferien unter Fortzahlung des Lohnes eingerichtet. So in:

Bamberg 1 Betrieb mit 158 Arbeitern; Barmen 4 Betriebe mit 800 Arbeitern; Berlin 4 Betriebe mit 415 Arbeitern; Braunschweig 1 Betrieb mit 10 Arbeitern; Cassel 1 Betrieb mit 382 Arbeitern; Chemnitz 1 Betrieb mit 76 Arbeitern; Grimnitzschau 1 Betrieb mit 151 Arbeitern; Delmenhorst 1 Betrieb mit ca. 3000 Arbeitern; Glauchau 1 Betrieb mit 88 Arbeitern; Gzrlitz 1 Betrieb mit 70 Arbeitern; Gronau (Hannover) 1 Betrieb mit 650 Arbeitern; Hannover-Dörren 1 Betrieb mit ca. 1800 Arbeitern; Hof 1 Betrieb mit 50 Arbeitern; Kumbach 1 Betrieb mit 50 Arbeitern; Landsküt (Schlesien) 1 Betrieb mit 170 Arbeitern; Meerane 2 Betriebe mit 174 Arbeitern; München 1 Betrieb mit 11 Arbeitern; Neßschau 1 Betrieb mit 500 Arbeitern; Neugersdorf 1 Betrieb mit 81 Arbeitern; Nevißes 1 Betrieb mit 300 Arbeitern; Nürnberg 2 Betriebe mit 129 Arbeitern, Oelsnitz 1 Betrieb mit 36 Arbeitern; Orlitz 1 Betrieb mit 873 Arbeitern; Plauen 1 Betrieb mit 10 Arbeitern; Romebrug 1 Betrieb mit 200 Arbeitern; Stettin 1 Betrieb mit 6 Arbeitern.

Es sind also durchweg kleinere Betriebe, in denen sich die Arbeiter eines bezahlten Urlaubs erfreuen. Die Voraussetzungen für diesen Urlaub sind in der Regel die mehrjährige Beschäftigung in dem Betriebe.

So wurde Urlaub gewährt nach 1 Jahre in 3 Fällen, 2 Jahren 3, 3 Jahren 6, 4 Jahren 2, 5 Jahren 9, 6 Jahren 1, 9 Jahren 1, 10 Jahren 4, 12 Jahren 2, 15 Jahren 1, 20 Jahren 1, 25 Jahren 4 Fällen.

Die Dauer des Urlaubs richtet sich meistens nach der Zahl der Jahre, die der Arbeiter im Betriebe beschäftigt ist. Sie bewegt sich zwischen einem und zehn Tagen.

Nur in drei Fällen beruhte der Urlaub auf Vereinbarungen, in allen anderen Fällen hat ihn der Arbeitgeber freiwillig eingerichtet. Die Vergütung für die Urlaubszeit ist verschieden geregelt. Je einmal beträgt die Bezahlung der Ferien:

für männl. Arbeiter	für weibl. Arbeiter	
30 M.	20 M.	nach 10 Jahren, für 6 Tage
9 "	6 "	für 2 Tage
2,50 "	1,50 "	pro Tag für 4 Tage
pro Tag 5 Mark	..	für 3 Tage
2/3 des Lohnes	..	..

Die Ferienfrage ist in der Textilindustrie also noch in den allerersten Anfängen der Entwicklung. Das ist bedauerlich, weil gerade die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen mehrerer Tage der Ausspannung und Erholung dringend bedürftig sind. Mit dem Erstarken der Gewerkschaften in unserem Gewerbe wird auch die Frage der Ferien Fortschritte machen.

**Die „neutralen“ Gewerkschaften.** In den „freien“ Verbänden geht die Agitation und finanzielle Unterstützung für den sozialdemokratischen Reichstagswahlkampf munter weiter. Nun meinte das Organ des „freien“ Holzarbeiterverbandes, das Sammeln von Wahlgeldern solle in den Gewerkschaften unterbleiben, denn — die Partei bekomme doch Geld und die Gewerkschafter hätten genug Gelegenheit, ihrer Pflicht zu genügen und ihr Scherflein für die Parteikasse zu opfern. Dem stimmt das „Korrespondenzblatt“ zu. Und da muß man lachen über die Meinung dieses Blattes. Es sei ja bisher „nicht üblich gewesen“, aus Gewerkschaftsmitteln den Parteikampf zu unterstützen, wenn „einzelne Zahlstellen“ das gemacht hätten, dann handle es sich nur noch „um kleine Summen“.

Wir haben daraufhin mal in unserer Mappe nachgesehen und fanden noch einer ganz stüchtigen Aufstellung, daß für den vorigen Wahlkampf wiederholt von den Zentralvorständen der einzelnen Verbände und von einer ganzen Menge Zahlstellen namhafte Summen hergegeben wurden. Nach einer ganz oberflächlichen Aufrechnung kamen aus den Verbänden des Baugewerbes rund 30000, der Schuh-, Leder- und Sattlerarbeiter rund 5000, dem Metallarbeiterverband rund 10000, dem Holzarbeiterverband rund 7000 Mark, teils aus den Zentralstellen, teils aus den Ortsgruppenklassen. Wir könnten eine ganze lange Liste aufmachen von Geldern, die entweder von dem Zentralvorstand direkt oder von Zahlstellen „neutraler“ Verbände für die sozialdemokratische Partei damals geopfert worden sind. Wir würden dann mindestens 100000 Mark zusammen bekommen. Das wird man doch wohl kaum mit dem „Korrespondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften „kleine, unbedeutende Summen“ nennen können.

Auch beim jetzigen Wahlkampf fließen die Gewerkschaftsgelder wieder reichlich. So meldet die sozialdemokratische Düsseldorfser „Volkszeitung“ vom 28. November 1911.

„Eine am Sonntag stattgefundene Mitgliederversammlung der Hamburger (sozialdemokratischen) Metallarbeiter beschloß nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Scheidemann dem Parteivorstande zehntausend Mark für Wahlzwecke zu überweisen.“

Die gleiche Zeitung registriert unterm 29. November als für den sozialdemokratischen Wahlfonds eingegangen: Verband der Bauarbeiter 500 M.; Verband der Kupferschmiede, Ratingen, 25 Mark. Das Dortmunder Kartell der „freien“ Gewerkschaften spendete laut „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 9. November zum gleichen Zwecke 700 M.

Ueber solche „vereinzelten Fälle“ und „kleinen Summen“ kann man fortlaufend berichten. —

Die Partei hat Geld genug und bekommt — ohne daß die Gewerkschaftsblätter dazu auffordern — auch aus Gewerkschaftskassen immer noch mehr! Das weiß auch der „Grundstein“. Deshalb heuchelt er und sagt in Nr. 48: „Abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie einer solchen finanziellen Unterstützung nicht bedarf“ usw. Dann kommt der Fuchs auf einmal zu der Entdeckung, daß nichtsozialdemokratische Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften „bölig im Rechte wären“, wenn sie gegen eine Verwendung der Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke „Einsprüche erhöben“. Das ist eitel Flunkerei, darauf berechnet, Dumme zu fangen. Den Beweis dafür finden wir schon in den daran anschließenden Sätzen:

„Warum soll in den Versammlungen der Gewerkschaften nicht über die Reichstagswahl geredet werden? Das vermögen wir nicht einzusehen. Wir halten es im Gegenteil für ganz selbstverständlich, daß sich unsere Zweigvereine in ihren Versammlungen eingehend damit beschäftigen, wie die allgemeinen Arbeiterinteressen und die besonderen Berufsinteressen der Bauarbeiter bei der Reichstagswahl gefördert werden können.“

Auch wir halten gewiß dafür, daß die Arbeiter darauf sinnen, wie sie bei der Reichstagswahl am besten ihre Interessen wahrnehmen. Aber das können sie nicht, ohne sich zu einer bestimmten politischen Partei zu bekennen, und in politischen Fragen gehen eben bei uns die Meinungen sehr weit auseinander. Deshalb können diese parteipolitischen Fragen nicht in den Gewerkschaften ausgetragen werden, denen doch — so sie ihren Zweck erfüllen wollen — Anhänger aller Parteien sollen angehören können. Aber unsere „Freien“ vermögen nicht so konsequent neutral zu sein — nicht mal fünf Minuten lang in der Theorie. Und in der Praxis wird's bleiben, so wie's bisher war: man tut „getrost einen Griff in die Lokalkassen“ („Metallarbeiter-Zeitung“ 19, 1911) und benutzt Gewerkschaftsgelder und Gewerkschaftseinrichtungen, um die Sache der Partei zu fördern.

**Unter glorioser Genoffenherrschaft.** Es ist unter der christlichen Arbeiterschaft bekannt, daß in den Staaten, wo die Sozialisten ihr Ziel, die Republik, erreicht haben, eine Vettern- und Günstlingswirtschaft anzutreffen ist, wie es in unserem Vaterlande gar nicht denkbar wäre. Wer zu Amt und Würden gekommen ist, sucht seine Stellung auszumägen für sich und seine Partei. Das Volk wird dadurch selbstverständlich in schlimmster Weise geschädigt. So ist's überall, wo die Sozialisten das Heft in Händen haben. Einen durchschlagenden Beweis dafür erbringt eine Zuschrift, die der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Amerika dieser Tage zugeht.

Darin wird ausgeführt, daß vor anderthalb Jahren die Stadt Milwaukee eine vollständig sozialdemokratische Stadtverwaltung wählte. Vor ziemlich genau einem Jahre eroberten die Sozialdemokraten auch das ganze County (entsprechend ungefähr einem deutschen Regierungsbezirk). Stadtoberhaupt von Milwaukee wurde Seidel, der früher Lehrer, später Inhaber einer kleinen Fabrik war. In der Herbstwahl vor einem Jahre wurde dann auch Viktor Berger, die Seele und ureigentliche Triebfeder der sozialdemokratischen Bewegung Milwaukees, zu Ehren gezogen, indem er in den Kongress gewählt wurde. Nach außen erschien allerdings Seidel als Stadtoberhaupt, tatsächlich aber wurden die Geschicke der Partei und der Stadt Milwaukee von Viktor Berger regiert, einem geistreichen Kopf zwar, der aber herrschsüchtig und hinterhältig ist und noch andere unangenehme persönliche Eigenschaften hat.

In seiner Hand liefen die Zügel der Parteibewegung zusammen, nichts konnte ohne seine Zustimmung getan werden. Wer ihm nicht blinde Heerfolge in allem leistete, oder an seinem Programm etwas auszufügen wagte, wer den Bergerischen Stil persönlicher Verunglimpfung und Verdächtigung mißbilligte, dem wurde Brot, Amt und Stellung genommen und ein Gefinnungsgewisse reinsten Wassers trat an seine Stelle. Mit dem Siege der Sozialdemokraten Milwaukees vom letzten November war tatsächlich der Terrorist Berger Herr von Stadt und County Milwaukee. Keiner, der zu Amt und Würden gekommenen Getreuen wagte zu mutzen oder eine eigene Meinung zu haben — er wäre gestiegen. Und jetzt, obwohl noch kein Jahr im Vollbesitz der Macht, beginnt bereits die sozialdemokratische Partei Milwaukee abzuwirtschäften; ihr Programm auszuführen, fehlt ihnen die Kraft und Fähigkeit; nicht die Hälfte der gegebenen Versprechungen kann auch nur einigermaßen eingelöst werden; die „Partei des sozialen Friedens“ erweist sich als durchaus intolerant.

Der katholische Erzbischof Mesmer hat sich gezwungen gesehen, gegen die sozialdemokratische Wirtschaft energisch Stellung zu nehmen; ein Teil der Genasführten vom letztjährigen Wahlzettel beginnt abzuschwenken — befriedigt sind vom ganzen Experimente einzig der Kongressmann Berger selbst und jene Getreuen, die wenigstens für eine Wahlperiode an der Staatskrippe sitzen.

In der Bevölkerung herrscht über die sozialdemokratische Miswirtschaft, die jetzt ins dritte Jahr geht, ein einziger Entrüstungsschrei, herbeigerufen durch

das unerklärliche Anwachsen der Steuern. Im ersten Jahre gaben die Sozialisten etwa zwei Mill. Mark mehr aus, um die Regierungsmaschine in Gang zu halten, als die Kosten im vorangegangenen Jahre ausmachten. Das für das zweite Regierungsjahr veranschlagte Budget verlangt eine Mehrausgabe von 3 600 000 Mark. Die Verwaltungskosten betragen unter dem nichtsozialdemokratischen Regime im Jahre 1909 17 Mill. M.; im Jahre 1910, als die Sozialisten ans Ruder kamen, stiegen die Kosten auf 19 Millionen, und für das laufende Jahr sind sie auf 20 1/2 Millionen veranschlagt worden.

So und nicht anders sieht die Sozialistenherrschaft in der Praxis aus!

## Aus unserer Industrie.

### Neues vom Alpaka.

Zu den Kleiderstoffen, die sich einer ganz besonderen Schätzung erfreuen, gehört unzweifelhaft der schöne Alpaka mit seinem eigenartigen Glanz. Leider muß aber die Verwendung dieses beliebten Gewebes eingeschränkt bleiben, denn die feine weiche Alpakawolle, aus der es hergestellt wird, ist verhältnismäßig selten.

Nur der großen Geduld des Indianers verdanken wir überhaupt diese köstliche Wolle, die von dem Körper des „Paco“ oder „Alpaka“ stammt, eines lammartigen Tieres, das in größeren Herden die Hochländer Perus, Boliviens und Ekuadors durchstreift. Zu bestimmten Zeiten werden diese halbwildern, unbefähigten störrischen und widerspenstigen Tiere, mit denen allein die Indianer fertig zu werden verstehen, in die Dörfer getrieben und dort geschoren. Das meiste, was die mühsame Schur ergibt — die drei Länder zusammen können jährlich nur noch fünf Millionen Kilo Alpakawolle ausführen — wandert zu uns nach Europa, wo man übrigens erst seit dem Jahre 1836 imstande ist, diese Wolle zu Stoffen zu verarbeiten. Denn erst damals erfand Thomas Saxt in Bradford die dazu passenden Maschinen und Methoden.

Bei der Verarbeitung der selten gewordenen Alpakawolle spielt das Mitverweben von anderen Fasern — Seide, Baumwolle, Mohair, Kammgarn — eine große Rolle. Die relative Seltenheit der Alpakawolle hat ihren Grund gewiß auch mit in dem so überaus ungebärdigen Charakter des Tieres, denn dieser war es, der die Eingeborenen daran hinderte, eine regelrechte Alpakazucht zu betreiben. Sehr interessant ist es nun, daß die peruanische Regierung aber neuerdings sehr bestrebt ist, derartige Bemühungen zu fördern und zu unterstützen. Man hat es namentlich auch darauf abgesehen, das Alpaka dabei in seiner Eigenschaft als Wollproduzent zu veredeln und wertvoller zu machen, indem man es mit dem „Bikunja“, einer anderen Lamaart, kreuzt. Die Wolle des letzteren ist die feinste, weichste, feibigste, die wir überhaupt kennen. Leider nur ist sie recht selten geworden. Werden doch jetzt aus Peru nur noch 5000 Kilo Bikunjawolle jährlich ausgeführt! Da standen den alten Peruanern einst andere Mengen zur Verfügung. Zu den Zeiten der Inkas, der alten Kaiser, gab es im Lande so viele Guanacos, Alpakas und Bikunjas, daß die Regierung gewaltige Treibjagden veranstalten konnte. Damit die Wolle sich genügend ausbilden konnte, ließ man diese Treibjagden aber nur alle vier Jahre stattfinden. Ein großer Teil des Wildes wurde dann geschoren und freigelassen, der andere um des Fleisches willen geschlachtet.

Die Peruaner, diese Meister der Webekunst, die ihren Kaisern selbst aus dem Haar der Fledermäuse die weichsten aller Gewänder zu weben wußten, schufen natürlich auch die schönsten Bikunjastoffe. Ihre Erzeugnisse, deren Proben die spanischen Eroberer nach Europa brachten, hielt man am Hofe Karls V. für richtige Seide, und Philipp II. soll Bikunjastoffe bald allen andern vorgezogen haben. Kein Wunder, daß die Spanier in Peru nun jene wilde, rüchliche Jagd auf die Bikunjas eröffneten, die schließlich fast zur Ausrottung führte! Heute darf man Bikunjawolle, die viel zur Herstellung von feinstem Fahnenstoff und besten Filzhüten gedient hat, schon bald als eine Art Rarität ansehen. Die Bestrebungen der peruanischen Regierung, eine weitere Herabsetzung des Alpaka- und Bikunja-Wildbestandes zu verhindern, sind darum sehr zu begrüßen. Geglückte Versuche haben auch in der Tat schon bewiesen, daß das Bikunja, wenn man es mit dem Alpaka kreuzt, den gewünschten „veredelnden“ Einfluß ausübt. Denn die Wolle der dabei erzielten Tiere war in der Tat noch um vieles feiner und weicher als Alpakawolle. Kein „falscher“ Prophet dürfte darum wohl der sein, der einer der schönsten, vornehmsten, beliebtesten Stoffe der Zukunft in „Pala-Bikunja“ sieht!

### Einwirkung der chinesischen Revolution auf die japanische Baumwollgarnspinnerei.

Wie zu erwarten stand, ist die Umwälzung in China nicht ohne Einfluß auf den japanischen Markt geblieben, da durch diese Bewegung die Ausfuhr japanischer Waren nach China unterbunden wird. Der Hauptartikel für China sind japanische Garne, von denen mehrere hundert Ballen in Schanghai lagern und jetzt nicht untergebracht werden können. Da die Spinnereien in Japan schon in den letzten Jahren wiederholt schwere Krisen durchgemacht haben, denen bereits mehrere nicht gut gestellte Firmen zum Opfer fielen, so ist die jetzige Krise umso schwerwiegender, als sie die Hoffnung, die jetzige Scharte der letzten Jahre sei auszuweichen, vernichtete. So stehen viele Spinnereien und Händler tatsächlich vor dem Untergang, der zahlreiche Konkurse zur Folge haben wird, deren Erklärung man täglich erwartet. Die Aktien selbst gutgehaltener Aktiengesellschaften sind in drei Tagen 20%

gefallen und zeigen Neigung zu weiterem Rückgang. Dies ist die schwerste Krise, welche die japanischen Spinnereien und Händler jemals durchzumachen hatten. Man verlangt Hilfe vom Staat; doch die Regierung ist selbst machtlos.

## Aus dem Verbandsgebiete.

### An die Ortsgruppenvorstände.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß alle Bestellungen, die für den Zeitungsverband bestimmt sind, nur an die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestraße 22, zu richten sind.

Anderswo einlaufende Bestellungen werden nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsstelle.

### Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

#### Gera-Greiz.

Die Färbereiarbeiter des Bezirkes Gera, Glauchau, Meerane, Mylau-Neischlau, Reichenbach, Greiz, hatten vor einiger Zeit den Färbereibesitzern Forderungen gestellt auf Lohnerhöhungen, Mindestlöhne für männliche Arbeiter auf 18 M., für Arbeiterinnen auf 10,50 M., bei wöchentlich 58 stündiger Arbeitszeit. Daraufhin hat jetzt die Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien in den Betrieben folgenden Anschlag anbringen lassen:

Mit dem zweiten Lohntag im Dezember treten folgende Lohnerhöhungen ein: Jeder Arbeiter über 18 Jahre erhält wöchentlich 75 Pfg. Zulage, beziehungsweise entsprechende Erhöhung der Tage- oder Stundenlöhne. Die Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten einen Mindestlohn von 10 M. beziehungsweise Mindest-, Tage- oder Stundenlöhne.

Von Freitag, den 3. Dezember an, fanden in allen Orten Versammlungen statt. Durch Annahme einer Resolution erhob die Färbereiarbeiterschaft Protest gegen die zu geringen Lohnerhöhungen; sie wird durch weitere Verhandlungen versuchen ihre Forderungen zum Durchbruch zu bringen.

Am Freitag und Sonnabend Abend (1. und 2. Dezember) fanden in Neischlau und Mylau Versammlungen für Webereiarbeiter und -Arbeiterinnen statt. Auch in diesen Versammlungen drückte die Arbeiterschaft ihren Unwillen gegen den am 24. November neuverordneten Lohnstarif aus. Sie halten fest an den eingereichten Forderungen, die unbeantwortet geblieben sind: Einführung des Lohnstarifes der Ortsgruppe Greiz-Gera für die Ortsgruppe Neischlau-Mylau-Reichenbach, wodurch dann für das ganze Gebiet ein einheitlicher Lohnstarif bestehen soll, der durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt werden soll.

So dürfte die Textilarbeiterchaft von Sachsen-Thüringen am Vorabend einer großen Aktion stehen, die bei halberwegs günstigen Geschäftsgang bald nach Weihnachten durchgeführt werden wird.

Diese Durchführung wird allerdings dadurch erschwert, daß sich der „deutsche“ Textilarbeiterverband immer als der unabhärende zeigt und so zum Schaden der Arbeiterschaft die Stößkraft derselben schwächt.

#### Krefeld.

Zur Bewegung der Stoffappreteure. Schon zu verschiedenen Malen sind Versuche gemacht worden, für die hiesigen Stoffappreteure einheitliche Lohnverhältnisse bzw. Lohnerhöhungen zu erreichen. Im Herbst 1907 wurde bereits ein Lohnstarif an die Appreturbesitzer eingereicht, der im ersten Jahre nach der Lehrzeit 18 M., im zweiten Jahre 21 M., im dritten Jahre 24 M. und im vierten Jahre 27 M. wöchentlich vorlag. Die damals von der sozial. Organisation etwas voreilig injenierte Bewegung erwies sich als undurchführbar, weil 1. die Organisationsverhältnisse noch sehr mangelhaft waren, 2. die Wirtschaftskrise zu der Zeit einsetzte und 3. andere Bewegungen die Organisationen hinreichend in Anspruch nahmen. Als Folge dieses Vorgehens trat in Einappreteuren eine große Mutlosigkeit ein.

Erst im zweiten Halbjahr 1910 begann in den hiesigen Stoffappreteuren sich eine neue Bewegung vorzubereiten. Zwar waren noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, vor allem auch der Widerstand gegen die Organisationsbestrebungen zu brechen.

In der „Bereinigten Appretur“ entstanden zwischen verschiedenen Differenzen, jedoch es einmal beinahe zum Streik gekommen wäre. Als in diesem Herbst eine gute Konjunktur einsetzte, reichten die Stoffappreteure im Einverständnis mit den Organisationen einen Lohnstarif ein (am 26. Okt.). Am 3. November fand in der hiesigen Handelskammer eine Besprechung zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes d. rh. S. einerseits und den Vertretern des christlichen und sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nebst den beiderseitigen Lohnkommissionen andererseits statt.

Während der Aussprache wurde von Arbeitgeberseite auf die großen Lohnunterschiede hingewiesen und ein einheitlicher Lohnstarif als technisch unmöglich bezeichnet.

Wenn auch auf Arbeiterseite die Schwierigkeiten nicht verkannt wurden, so war man doch der Ansicht, daß es zu einem Tarif kommen müßte. Im übrigen stellten die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung in Aussicht.

In den jetzt folgenden Versammlungen stellten sich die Stoffappreteure auf den Standpunkt, es müsse doch endlich versucht werden, einen Tarif durchzuführen. Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes teilte daraufhin den Vertretern der Arbeiter mit, daß der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie den Appreteuren

den Schutz des Verbandes zugesprochen habe, falls die Arbeiter auf die Einführung eines Tarifes bestehen würden. Dagegen seien die Arbeitgeber bereit, den fleißigen und anstehenden Arbeitern vom nächsten Lohntag ab nach ihrem Ermessen eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Ferner wäre man bereit vom 1. Januar ab den Lehrlingen im ersten Jahre 6 M., im zweiten Jahre 9 M. und im dritten Jahre 12 M., sowie allen Appreturgehilfen von 24 Jahren ab einen Wochenlohn von 24 M. mindestens zu zahlen.

Eine Versammlung der Stoffappreteure unseres Verbandes nahm zu dieser Mitteilung Stellung und stimmte dem Vorschlag betr. Lehrlinge zu. Bezüglich der weiteren Punkte wurde beschlossen, auf folgender Basis neue Verhandlungen nachzuzuziehen: 1. Alle Arbeiter, welche bis jetzt weniger wie 24 M. verdient haben, erhalten eine Lohnerhöhung von 10% und die 24 M. und mehr verdient haben erhalten 5% Lohnerhöhung.

Eine diesbezügliche Eingabe wurde von den Stoffappreturbesitzern dahingehend beantwortet, daß weitere Forderungen der Arbeiter abgelehnt werden müßten.

Es blieb jetzt nichts anders übrig, als Klarheit darüber zu schaffen, ob die Arbeiter bereit seien, durch einen Streik zu versuchen, weitere Zugeständnisse zu erlangen, oder ob sie sich mit dem Erreichten vorläufig zufrieden geben wollten. In den einzelnen Belegschaften fanden diesbezügliche Abstimmungen statt mit dem Ergebnis, daß in dem größten Betriebe das Gros der Arbeiter gegen den Streik stimmte.

Damit war ein erfolgreicher Streik in Frage gestellt worden. Die Stoffappreteure beendigten denn auch die Bewegung. Man war der Ansicht, daß die Bewegung zwar nicht alle Wünsche der Arbeiter befriedigt habe, immerhin sei jedoch nach Lage der Verhältnisse ein anerkennenswerter Fortschritt gemacht worden. Es müsse jetzt Aufgabe der Stoffappreteure sein, dafür zu sorgen, daß das Erreichte auch festgehalten würde und am 1. Januar alle Arbeiter, welche 24 Jahre alt sind den Lohn von 24 M. auch erhalten. Weiter müßte dahin gestrebt werden, daß mit der Zeit ein ähnliches Verhältnis in den Stoffappreturen eingeführt würde.

### Aus unseren Bezirken.

#### Arbeiterinnenagitation in M.-Glöblich.

Mit Monat November ist in M.-Glöblich eine systematische Agitation unter den zahlreichen Arbeiterinnen gehalten worden. Von der Tatsache ausgehend, daß in gemischten und Mitgliebertversammlungen die Arbeiterinnen nur selten in größerer Anzahl erscheinen, ist nun einmal ausreichend Gelegenheit gegeben worden, daß sowohl die Kolleginnen, als auch die Unorganisierten in eigenen Arbeiterinnenversammlungen sich zusammensuchen und dort aussprechen konnten. An den Sonntagen waren zumeist die Kongregationen die Einberufer; diese Versammlungen waren sämtlich sehr gut besucht. Auch der katholische Arbeiterinnenverein M.-Glöblich-Stadt stellte zahlreiche aufmerksame Zuhörer. Außerdem ist auf Veranstaltung von Fabrik- und Branchenversammlungen besonderes Gewicht gelegt worden; bei Beginn und am Schluß der ganzen Aktion waren jedoch zwei große Arbeiterinnenkonferenzen, welche sehr anregend und nutzbringend verliefen.

Die Fabrikversammlungen, welche vom 3. bis einschließlich 29. November veranstaltet wurden, erstreckten sich auf die Arbeiterinnen von 63 Firmen. Der ausgiebigen Propaganda folgten, neben einer großen Zahl der Kolleginnen, nur eine mittelmäßige Anzahl von unorganisierten Arbeiterinnen. Am besten waren wohl die Weberinnen vertreten, auch die Zwirnerinnen, Spulerinnen und Scherinnen stellten in den Fabrikversammlungen eine bedeutende Anzahl; doch ließ der Besuch seitens der Stöpferinnen, Plückerinnen und ganz besonders von Seiten der Spinnereiarbeiterinnen sehr zu wünschen übrig. In diesen Gruppen fehlt das gewerkschaftliche Interesse noch am meisten. Und doch sprechen die Tatsachen dafür, daß dasselbe gerade dort äußerst notwendig wäre. Mehr wie einmal haben die anwesenden Arbeiterinnen es bestätigt, daß nur wegen der vielen Unorganisierten es vorzuziehen könne, daß die Arbeitsverhältnisse statt verbessert — oft noch verschlechtert werden.

Wie sind doch nur in den Spinnereien seit einigen Jahren so viele Veränderungen vorgenommen worden. Und wie haben die Arbeiterinnen doch so viel Anlaß von der gewaltig gestiegenen Arbeitslast zu sprechen: Wo früher zwei und drei Mädchen hingestellt wurden, wird heute nur noch mehr eine Arbeiterin beschäftigt; andere haben eine viel größere Spindelzahl zu bedienen, oder zwei große Maschinen, und wieder sind es Fabriken, wo man heute von der einzelnen Arbeiterin in der Spinnerei verlangt, sie soll nicht nur vier — sondern sogar sechs Seiten an den Maschinen bedienen!! Das Vorkommene ist aber hierbei, daß die Lohnverhältnisse nicht in dem Maße gestiegen sind, wie die Anforderungen, sondern daß sogar noch Reduktionen vorgekommen sind. Nicht selten ist es, daß die Arbeiterinnen keine Ahnung davon haben, wie ihr Lohn überhaupt gar nicht möglich. Einmal teilten die Mädchen mit, daß auch Unregelmäßigkeiten im Lohnsystem unterlaufen; die Betreffenden wußten schon ganz genau, daß sie die einen 14 Tage mehr gearbeitet hatten als wieder ein anderes Mal und bekamen sie 3 bis 4 M. weniger bei der Löhnung, während schon bei der nächsten Löhnung und beim gleichen Stückquantum der Lohn wieder eine andere Differenz aufwies. So ergeben sich gerade in den Spinnereiarbeitungen Tatsachen, welche die hier Beschäftigten Mädchen samt und sonders veranlassen müssen ihre beruflichen Interessen wahrzunehmen.

Die Zwirnerinnen, Spulerrinnen und Schererrinnen, sowie die in der Hasperei beschäftigten Arbeiterinnen haben auch größtenteils unter mäßigen Verhältnissen zu arbeiten. Ein sprechendes Beispiel dafür, wie in diesen „weiblichen“ Kategorien entlohnt wird, sei hier mitgeteilt: Eine jugendliche Arbeiterin — noch nicht 16 Jahre alt — hat als Spulerrin Alfordarbeit; wenn dieselbe nun damit höher kommt, als auf 1,80 M. pro Tag, dann wird das darübergehende abgezogen, wenn sie aber nicht an diesen Betrag herankommen kann, gibt es nichts hinzu. So geht man mit den einzelnen Arbeiterinnen um — und ähnlich geht es überhaupt in jenen Abteilungen, wo sämtliche Arbeiterinnen allein stehen. Von den Zwirnerinnen wurde einmal betont, daß bei gewissen Garnnummern und besonders bei schlechtem Material die Bedienung von 75 Spindeln eine tüchtige Arbeitskraft erfordert; doch gibt es Fälle, wo die einzelne Arbeiterin heute 200 bis 400 Spindeln zu bedienen hat. Um die Betreffenden gewissermaßen zu zwingen, die kolossale Arbeit zu leisten, wurden pro Pfund Garn 1/4 Pfg. abgezogen. Wenn also die Mädchen auf ihren früheren Lohn kommen wollen, so sollen sie mehr arbeiten. Auch diese Tatsachen mögen genügen, um den Hinweis zu bekräftigen, wie notwendig gerade in diesen Arbeiterinnengruppen die Organisation und gewerkschaftliche Disziplin ist.

In den Webereien hat die Gewerkschaft im allgemeinen schon mehr Fuß gefaßt, doch darf nicht gerahtet werden, bis auch die letzte Weberin ihr angeschloffen ist. Sonst laufen die Arbeiter Gefahr, daß die Arbeitgeber die Schwäche der unorganisierten Arbeiterinnen zum Nachteil der ersteren ausnützen. Ein interessanter Beleg für diese Behauptung ist das Wort, das kürzlich in einer Weberei ausgesprochen wurde: „Wenn die Mädchen diesen Artikel machen, können sie es schon einen Groschen billiger tun! Ist dies nicht dem Grundsatz: „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ direkt Hohn gesprochen? Und was läßt sich besseres gegen ein solches Ansinnen tun, als daß die organisierten Weber vereint mit den Kolleginnen dagegen energisch Front machen? Unter keinen Umständen dürfen wir es dulden, daß man uns Arbeiterinnen zu Konkurrentinnen unserer Mitarbeiter macht.

Für die Stöpferinnen und Pflückerinnen gilt in Zukunft auch mehr und mehr ein gutes Zusammenhalten. Ware in diesen Kategorien ein solches vorhanden, dann würden in einer Fabrik nicht die Stöpfstellen von sechs auf acht vermehrt worden sein und zwar bei der gleichen Bezahlung von 10 Pfg. Also auch hier macht sich eine Steigerung der Arbeitsleistung — aber nicht des Lohnes geltend. Doch sind es nicht allein die Lohnverhältnisse, welche eine starke Organisation der Arbeiterinnen gebieterisch notwendig machen; die Behandlung der Mädchen ist gar manchmal so, daß sich nur eine disziplinierte Masse von Arbeiterinnen die nötige Achtung zu verschaffen vermag. Und nicht minder wichtig als eine menschenwürdige Behandlung sind für uns Arbeiterinnen die hygienischen Zustände der Arbeitsräume. So manche Schattenseiten sind gerade auch in dieser Beziehung zu verzeichnen, und wo auf Anregung der einzelnen Personen oder des Ausschusses keine Veränderung eintritt, da ist es eben eine unumstößliche Wahrheit, daß auch nur die Organisation Wandel zu schaffen vermag.

Mehr als eine Plage ist auch laut geworden darüber, daß die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit öfter überschritten wird. Anlaß dazu bietet der Umstand, daß morgens und mittags schon sehr früh, oft 1/4 bis 1/2 Stunde vor der Zeit der Eintritt zur Arbeitsstätte gewährt wird. Wenn diese Gelegenheit von Arbeiterinnen benützt wird, sei es zum Vorrichten der Maschine oder des Materials, so wird die Arbeitszeit künstlich verlängert. Mögen sich die Arbeiterinnen warnen lassen, nicht auf diesen Reim zu kriechen.

Ein reiches Erfahrungsmaterial haben also diese Arbeiterinnenversammlungen zutage gefördert; wir könnten noch verschiedenes über Straf- und Bevorzugungssysteme, wie diese in einzelnen Firmen gehalten werden, anführen. Doch wollen wir nicht verfehlen, auf die Erfolge der vierwöchentlichen Versammlungsarbeit hinzuweisen. Es war nicht allein eine schöne Zahl von Aufnahmen zu verzeichnen; besonders zu bewerten ist das eine, daß die Arbeiterinnen überhaupt mehr als sonst zu bewegen waren, etwas aus sich herauszugehen und ihre gleichen von den Verhältnissen zu erzählen. Das Vertrauen zur Gewerkschaft hat im besonderen Maße zugenommen, und damit ging Hand in Hand die Erkenntnis, daß das lebendige, aufrichtige und andauernde Mitarbeiten der Kolleginnen eine unbedingte Notwendigkeit ist, soll die Organisation stets mit allem Nachdruck für ihre Interessen eintreten.

Notwendig ist es, in die weiten Kreise der Kolleginnen immer mehr Kenntnis der gewerkschaftlichen Taktik hineinzutragen, die Grundsätze unserer Arbeit zu vertiefen. Im zweiten Teile ist es nötig, in den Kreisen der unorganisierten Arbeiterinnen unablässig zu agitieren. Dieses zu tun wurde bei der Schlusskonferenz, am 30. November, in Aussicht genommen. Die Hausagitatorin wird mit neuem Eifer und mit großem Mut aufgenommen. Außer der neu gewählten Arbeiterinnenkommission einer Ortsgruppe wurden von sämtlichen Ortsgruppen je zwei Kolleginnen gewählt, die in einem Zeitraum von einem Vierteljahre immer wieder zu einer Konferenz zusammenzutreten wollen, um über Agitationsfragen und Weiterbildung zu beraten. Möge diese Arbeit gesegnet sein!

S. P.

Maschinenbauer und Metallarbeiter den hiesigen Schlossermeistern einen Tarifvertragsentwurf vorgelegt, der verschiedene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in sich schloß. In einer am 14. Juli abgehaltenen Versammlung der Schlosserinnung beschlossen die Meister, durch Vermittlung der Lohnkommission der Innung mit den Arbeitnehmern unter Aufsicht der Gewerkschaftsbeamten in Unterhandlungen zu treten, Verbesserungen zu gewähren, aber keinen Tarif abzuschließen. Um die Meister nun an die getroffenen Vereinbarungen zu binden, wurde ein Vertrag abgeschlossen, nach dem sich die Meister verpflichteten, bei Weidung einer Konventionalstrafe von 300 M. für die Beschäftigung eines einzelnen Arbeiters und von je 50 M. für jeden weiteren Arbeiter während der Dauer der gegenwärtigen Lohnbewegung keinerlei Verhandlungen mit den eigenen oder fremden Arbeitern oder den Organisationen zu pflegen und keinerlei Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen. Der Schlossermeister Johann Plabst war schon in der Versammlung für den Abschluß eines Tarifvertrages eingetreten, hatte sich aber dann doch zur Unterzeichnung des obigen Vertrages herbeigelassen. Nach dieser Versammlung traten die Arbeitnehmer in einen Streik, der am 3. August in einer Einigungsverhandlung vor dem Gewerbeamt durch den Abschluß eines Tarifs beendet wurde. Da sich die Sache so lange hinausgezogen hatte, hatte Plabst, der bis zum 1. September vertragsgemäß die Schlosserarbeiten in fünf bis zum genannten Termin zu beziehenden Wohnhäusern fertig zu stellen hatte, am 29. Juli den Tarif unterzeichnet. Deshalb klagte die Schlosserinnung, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kleininger, gegen Plabst, der durch die Rechtsanwältin Reinhold und Sand vertreten war, eine an die Schlosserinnung zu zahlende Konventionalstrafe von 650 M. (entsprechend der Beschäftigung von acht Arbeitern) ein. Das Landgericht hat die Klage nun kostenfällig abgewiesen. Das Geburteil führt in seinen Gründen aus, daß der die volle Koalitionsfreiheit zusichernde § 152 der Reichs-Gewerbeordnung in Abs. 2 bestimme, daß jedem Teilnehmer der Rücktritt von derartigen Verabredungen und Vereinigungen frei steht und daß aus dem Rücktritt weder Klage noch Einrede statfindet. Solche Verabredungen sind somit zwar nicht richtig, doch bleibt ihnen der staatliche Schutz vorenthalten, sie sind zivilrechtlich unverbindlich, es kann auf Erfüllung solcher Verabredungen, insbesondere auf Zahlung einer vereinbarten Konventionalstrafe, nicht geklagt werden. Die Frage, ob § 152 der Reichs-Gewerbeordnung auf den vorliegenden Fall Anwendung finden müsse, wurde vom Gericht bejaht, denn die zur Abwehr der gegnerischen Lohnbewegung unter den Meistern geschaffene Vereinigung war eine Schutz- und Kampfvereinigung, die während der Dauer der Lohnbewegung der Gehilfen Bestand haben sollte. Gerade das Verbot der Annahme des Tarifvertragsentwurfs bildete die wesentlichste Kampfmaßregel, durch die ein Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt werden sollte, sich den für die Arbeitgeber günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fügen. Durch seine Unterhandlung mit den organisierten Arbeitern und durch die Annahme des Tarifvertrags war der Beklagte stillschweigend aus der Vereinigung der Meister ausgetreten. Die Verabredung einer Vertragsstrafe entbehrte nach § 152 Abs. 2, da aus der Verabredung keine Klage statfinden darf, der rechtlichen Wirksamkeit.

**Euenheim-Wißkirchen.** Nachruf. Ein harter Schlag hat unsere Ortsgruppe getroffen. Am 2. Dezember starb nach längerer Krankheit unser lieber Ortsgruppenvorsitzender, Kollege Hermann Wildenberg. Seit Gründung unserer Ortsgruppe im Jahre 1905 stand er an der Spitze derselben. Er hatte sich durch seine vorzüglichen Charaktereigenschaften das unbegrenzte Vertrauen aller Kollegen und Kolleginnen erworben. In den schwierigsten Situationen war er ein leuchtendes Beispiel der Pflichttreue, der seinen Mitgliedern nicht nur ein treuer Freund und ehrlicher Berater war, sondern auf allen Gebieten unserer Standesarbeit seine Kräfte und großen Fähigkeiten in den Dienst der Arbeiterenschaft stellte. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Euenheim-Wißkirchen.

**Konstanz O.S.** „Die christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung“, leitete das Thema, das Kollege Sparenberg in unserer Versammlung am 26. November behandelte. Der Redner legte anfangs seines Vortrages die Werte der christlichen Gewerkschaften dar und geißelte in Anbetracht der in letzter Zeit besonders hervorgetretenen Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften scharf das Verhalten der Sozialdemokratie und der „freien“ Gewerkschaften, insbesondere des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes. Im Anschluß an die Darlegungen über die Werte der christlichen Gewerkschaften schilderte Kollege Sparenberg, wann — wie — und weshalb die christlichen Gewerkschaften entstanden. Zuletzt wies er darauf hin, daß es unsere Aufgabe sei, durch eine rege und intensive Agitation unsere junge Ortsgruppe zu stärken und weiter auszubauen und wünschte uns viel Glück zu diesem Bestreben. Zum letzten Punkt schlug der Vorsitzende, Kollege Paschka, vor, für die ausgeschiedenen Vertrauensmänner zwei neue zu wählen. Als Schriftführer wurde Kollege Drabek, als Revisor Kollege Morawiez gewählt. Da zur Diskussion sich niemand meldete, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. — Da die letzten Versammlungen mangelhaft besucht waren, ersuchen wir an dieser Stelle die Kollegen dringend, doch die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen.

**Lechhausen.** Dem Geschäftsbericht, der in unserer Versammlung vom 18. November erstattet wurde, ist zu entnehmen, daß der frühere erste Vorsitzende im Laufe des Jahres sein Amt niedergelegt hat und der jetzige sein Amt erst seit Anfang August dieses Jahres führt, ferner, daß 10 Versammlungen sowie eine außerordentliche Generalversammlung und 13 Ausschusssitzungen stattfanden, daß der Mitgliederstand von 160 auf 215 gestiegen ist. Ebenso ist eine Lohnbewegung zu verzeichnen, die außer kleineren Wünschen eine Lohnaufbesserung für alle Arbeiter um 2-5 Pfennig pro Stunde brachte und die Zusage einer weiteren Aufbesserung für kommenden Jahr bei gutem Geschäftsgang. Auch fand eine Weihnachtsfeier, eine Fastnachts- und Kirchweihunterhaltung, sowie ein Agitationsausflug statt. Dann wurde auch ein gemeinsamer Kartoffel- und Kohlenbezug mit gutem Erfolg in die Wege geleitet. Hierauf wurde vom Kassierer Wolfershäuser der Kassenbericht verlesen, der zu einer Erörterung keinen Anlaß gab. Nachdem der Vorsitzende dem Kassierer für seine musterhafte Kassenführung den Dank ausgesprochen, ebenso den übrigen Ausschusssmitgliedern und Sammlern, wurde zur Neuwahl geschritten. Dieselbe ergab Kollegen Brille als ersten und Kollegen Schwertschlager als zweiten Vorsitzenden. Die zwei ausscheidenden Kollegen (Wolfershäuser und Morawiez) wurden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß folgte noch die Wahl der Revisoren, Kartelldelegierten und Sammler. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, wurde die Abhaltung

der Christbaumfeier nach längerer Debatte beschlossen und wird dieselbe am zweiten Sonntag im Dezember abgehalten. Hierauf schloß der Vorsitzende Kollege Brille mit der Aufforderung zur Weiterarbeit und Agitation die Generalversammlung mit dem üblichen Grusse: „Gott segne die christliche Arbeit!“

**Odenkirchen.** Die christl. natl. Arbeiterchaft Odenkirchen hatte am 26. Nov. zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Der Geschäftsführer des christl. Textilarbeiterverbandes, Kollege Moraw, referierte über das Thema: „Der Kampf um die Reichsversicherungs-Ordnung.“ Redner wies in seinen Ausführungen auf die Schwierigkeiten hin, mit denen in Deutschland ein Gesetz zustande kommt. Das Deutsche Reich setze sich zusammen aus 26 Bundesstaaten, von denen ein jeder auch seine eigenen Interessen hat. Daneben sei in keinem Staate ein so zersplitterndes Parteienwesen wie gerade in Deutschland. Keine Partei sei imstande, aus eigener Kraft ein Gesetz durchzubringen. Zu diesem Zweck müßten sich mehrere Parteien zusammen tun und einen sogenannten Kompromiß schließen. Redner schilderte sodann die Vorteile, die der Arbeiterchaft durch die neue Reichsversicherungs-Ordnung zuteil geworden sind. Werden doch jährlich nicht weniger als 200 Mill. M. den Arbeitern zugeführt. Redner beleuchtete dann das arbeiterschädigende Verhalten der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit. Sei es doch ihr Bestreben gewesen, das Zustandekommen dieses großen sozialen Gesetzes zu verhindern. Man prüfe nur einmal die von ihr gemachten Vorschläge. Nach denselben würde die deutsche Volkswirtschaft jährlich zwei Milliarden M. mehr aufzubringen haben. Ob dieselbe dazu imstande ist, darüber zerbircht sich die Sozialdemokratie den Kopf nicht. Hier zeigt sich wieder die Taktik dieser Partei, Anträge zu stellen, wie Bebel sagt, die keine andere Partei stellen kann. Hätte es nach den Anträgen dieser Partei gegangen, so hätte unter Umständen ein Arbeiter die Woche 3 bis 4 Mark an Beiträgen aufbringen müssen. Denn die Ausgaben müßten doch wieder gedeckt werden. Hierfür hätte sich auch sicher der radikalste Genosse bedankt. Die sozialistische Presse kommt doch sonst so gerne mit Zahlenmaterial, warum jetzt nicht? Zum Schluß wies Redner darauf hin, wie die Sozialdemokratie dieses Gesetz gegen die christliche Arbeiterbewegung und ihre Vertreter im Reichstag zur Agitation ausnützen wolle. Er forderte alle Anwesenden auf, sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen und dadurch auch immer mehr Einfluß zu gewinnen auf unsere Gesetzgebung. Die Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 26. Nov. im deutschen Reichstag gefundene öffentliche Versammlung, welche von der christlich-nationalen Arbeiterchaft von Odenkirchen einberufen worden ist, spricht den aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten ihren Dank und ihr vollstes Vertrauen aus, weil sie der Reichsversicherungsordnung, die ganz entschieden für die Arbeiterchaft große Vorteile in sich birgt, zur Annahme verholfen haben. Die Versammlung verspricht, weiter zu agitieren, damit die christlich-nationale Arbeiterchaft auch hier in Odenkirchen erstärke.“

**Reichenbach.** Etwas zum Nachdenken oder — zum Lachen. Unter der Ueberschrift „Etwas zum Nachdenken“ erschien in Nr. 49 des „Berliner“ „Arbeiters“ eine Notiz aus Reichenbach, die Eingeweihte weniger zum Nachdenken, als vielmehr zum Lachen anregte. Wurde doch in der Notiz behauptet, daß der vor drei Jahren von Schweidnitz nach Reichenbach „dirigiert“ christliche Gewerkschaftler trotz eifriger Bemühungen allein geblieben sei auf weiter Flur, ja daß er bei der letzten Stadtverordnetenwahl am 28. cr. die Liste der Sozialdemokraten gewählt habe. Damit wollen nun die Herren vom „Sitz Berlin“ wieder einmal, wie schon so oft, beweisen, daß sich die christlichen Gewerkschaften nur wenig von den sozialdemokratischen unterscheiden und die Bezeichnung christlich-national nur ein Anhängsel sei. Aber mit des Geschickes Mächten... Der geistige Leiter der Fachabteilungen in Reichenbach hat wieder einmal daneben gehalten. Der Redaktion des „Arbeiters“ in Berlin ist schon eine Berichtigung zugegangen, durch welche der angegriffene christliche Gewerkschaftler folgendes feststellt:

1. Ist richtig zu stellen, daß ein christlich organisierter Weber namens Handke hier in Reichenbach nicht existiert.
2. Richtig ist, daß ich als Weber vor drei Jahren nach Reichenbach gekommen bin, hier als Vertrauensmann des christlichen Textilarbeiterverbandes fungiere und mich Hanke schreibe.
3. Es ist unwahr, daß ich vor drei Jahren von Schweidnitz nach Reichenbach dirigiert worden bin. Wahr ist, daß ich nach meiner Maßregelung aus freiem Antriebe meinen Wohnsitz nach Reichenbach verlegt habe.
4. Es ist unwahr, daß ich allein auf weiter Flur geblieben bin, wie es in der Notiz heißt. Wahr ist, daß ich einen, wenn auch nur kleinen Kreis von Gleichgesinnten dem christlichen Textilarbeiterverbande zugeführt habe.
5. Es ist unwahr, daß ich am 28. cr. in Reichenbach bei der Stadtverordnetenwahl die Liste der Sozialdemokraten gewählt habe. Wahr ist vielmehr, daß ich als Ausländer garnicht berechtigt bin, an der Stadtverordnetenwahl teilzunehmen und durch Zeugen nachweisen kann, daß ich auch nicht den Versuch gemacht habe zu wählen, mithin auch nicht den Sozialdemokraten garnicht gewählt haben kann.

Schachtungsvoll Franz Hanke.

Also mit der Sache ist's Essig. Hoffentlich lassen sich die dazu „Verufenen“ in ihrer Beobachtung der Christlichen nicht lören. Wir erlauben uns bei dieser Gelegenheit die höfliche Infrage: Warum berichtet denn der „Arbeiter“ gar nicht von dem Vertrauensmann der Fachabteilungen, der rot gewählt hat und deswegen aus dem Verein „hinausgewimmelt“ wurde, wie man sich in Reichenbach erzählt? Die Sache ist doch nicht etwa nur verwechselt worden?

**Soziale Rundschau.**

**Der Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg,** die bekanntlich auf dem Genter System aufgebaut ist, waren nach einem Bericht in der „Sozialen Praxis“ Ende 1910 36 Verbände angeschloffen. Seit 1906 sind 7 Verbände neu hinzugekommen und 3 durch Auflösung oder Verschmelzung mit anderen ausgeschieden. Besonders erwähnt zu werden verdient, daß durch den Beitritt

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Mugsburg.** Eine prinzipiell wichtige Frage bezüglich der Koalitionsfreiheit hat das Landgericht Mugsburg (2. Zivilkammer) zu entscheiden gehabt. In der ersten Hälfte des Juli l. Js. hatten der deutsche Metallarbeiterverband, der christliche Metallarbeiterverband und der Gewerbeverein der

des Bundes technisch-industrieller Beamter diese Fürsorgeeinrichtung jetzt auch auf andere Bevölkerungsgruppen als nur gewerbliche Lohnarbeiter ausgedehnt ist.

Die Zahl der 1910 unterstützten Arbeitslosen betrug 533 gegen 335, 247 und 153 in den drei Vorjahren. Wie im Jahre 1909 wurde auch im vergangenen Jahre die Versicherung von den Metall- und Holzarbeitern am stärksten in Anspruch genommen; alsdann folgen die Buchdrucker und Maler.

Seit Bestehen der Versicherung ist die Zahl der städtischen Unterstützungstage im Jahre 1910 zum ersten Mal gesunken, und zwar von 80,5 im Jahre 1909 auf 79,10 im vergangenen Jahre.

Von der Gesamtzahl der Unterstützungstage der Stadt entfallen 2097 oder 26,5 v. H. auf die Buchdrucker, 1931 oder 24,9 v. H. auf die Metallarbeiter und 1266 oder 17,1 v. H. auf die Holzarbeiter.

Während die Zahl der Tage, für welche die Stadt eine Unterstützung zahlte, und die Gesamtsumme der städtischen Unterstützung zurückgingen, stiegen diese Ziffern bei den Gewerkschaften. Diese hatten nämlich 16985 Unterstützungstage gegen 15459 im Vorjahre zu verzeichnen. Die Ausgaben hierfür betrugen 27133 M. (1909: 22901 M.), wogegen die Unterstützungssumme der Stadt sich von 5998 M. auf 5696 M. verminderte.

Wie in den Vorjahren nahmen auch im Jahre 1910 die Buchdrucker mit 2097 M. den Hauptteil des städtischen Unterstützungsbetrags in Anspruch, die Metallarbeiter zeigen einen geringen Rückgang, während die Holzarbeiter eine kleine Zunahme von 897 M. auf 1037 M. aufweisen.

Die soziale Fürsorge der Stadt Straßburg für die Arbeitslosen darf aber nicht allein nach dieser Arbeitslosenversicherung beurteilt werden. Es gehören dazu die Aufwendungen für Notstandsarbeiten, die im Winter 1910/11 40000 M. (gegen 70000 M. im Jahre 1908/09) erforderten. Die Frage der Arbeitslosenversicherung kann nach Ansicht der Straßburger Stadtverwaltung, die auf diesem Gebiete jetzt über eine vieljährige Erfahrung verfügt, einwandfrei nur auf dem Wege des Zwanges gelöst werden, wie dies auch auf dem deutschen Städte-tage betont wurde, und zwar durch die Landesregierungen oder besser noch durch das Reich, weil es dann auch möglich wäre, die Saisonarbeiter des Baugewerbes in die Versicherung mit hineinzuziehen, die zwar ihre höheren Lohnforderungen immer mit dem Umstande begründen, daß sie nur zeitweilig Arbeit hätten und für die arbeitslose Zeit sparen müßten, während die Erfahrung lehrt, daß sie durchweg keine Risikoprämien zurückerlegen.

Eine Stärkung der Gewerkschaften durch die gemeindliche Arbeitslosenversicherung hat in den vier Jahren ihres Bestehens nicht festgestellt werden können; das Wachstum derselben wird vielmehr auf den sich immer mehr geltend machenden Zug nach Organisation zurückgeführt.

Die Not der ungelerten Arbeiter. Professor Kammerer führt in einer Abhandlung über die Ursachen des technischen Fortschrittes aus, daß die moderne Technik den ungelerten Arbeiter mehr und mehr verdrängt und den gelernten Arbeiter an seine Stelle setzt. Er kommt zu dieser Schlussfolgerung aus einer Betrachtung der Arbeitsleistungen, die für die Bedienung moderner Produktionsanlagen in Betracht kommen.

Die Arbeitsteilung macht in gewissen Zweigen der Warenherstellung noch immer solche Fortschritte, daß komplizierte Arbeiten in eine Anzahl von einfachen Teilarbeiten aufgelöst werden, die von ungelerten Arbeitern, namentlich auch von Frauen und Mädchen ausgeführt werden.

keineswegs zutreffend, daß heute der ungelerte Arbeiter durch den gelernten schon wieder verdrängt werde. Die Masse der ungelerten Arbeiter nimmt vielmehr noch in einer besorgniserregenden Weise zu. Ist doch für keine Kategorie der gelernten Arbeiter das Ausmaß der Arbeitsgelegenheit ständig so knapp wie für die ungelerten Arbeiter. Hier ist das Ueberangebot auf dem Arbeitsmarkt nicht nur stets größer als für die gelernte Arbeit, sondern es ist fortgesetzt, auch in den Jahren der Hochkonjunktur, ein starkes Ueberangebot vorhanden.

Sast ausschließlich ungelerte Personen arbeiten in der Bauunternehmung als Erd-, Wege-, Eisenbahnarbeiter, in der Torfgräberei, in der Abfuhr und Düngerfabrikation, in Rübenzuckerfabriken, Gasanstalten, Ziegeleien, Lehm- und Tongraberereien, Wasserwerken. Vorwiegend ungelerte Arbeitskräfte sind tätig in chemischen Fabriken, in der Sand-, Kalk-, Zementgewinnung, bei der Herstellung von Explosivstoffen und Hüttenwaren, bei der Zubereitung von Spinnstoffen, im Hüttenbetrieb, bei der Zubereitung von Oelen, Fetten, Firnissen, in der Papier- und Pappindustrie, in Delmühlen usw.

Berichtigung.

In der vorigen Nummer sind einige Satzfehler stehen geblieben. Ein russischer Rubel ist nicht rund 2,20, sondern 2,20 M. — In dem Bericht aus Neufert muß es nicht heißen geistige, sondern günstige Wirkung des Schutzsystems.

Briefkasten.

Redaktionschluß: Für die Nummer, die in der Woche nach Weihnachten erscheint, muß die Redaktion bereits Freitag vor Weihnachten, also am 22. Dez. morgens geschlossen werden. Für die erste Nummer nach Neujahr wird die Redaktion Samstag, 30. Dez. geschlossen.

Versammlungskalender.

- Amern-St. Georg. 17. Dez., 11 Uhr, bei Ww. B. Gläsen.
Hagenbach. 16. Dez., 7 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Schützen, Generalversammlung.
Weidenburg. Die Versammlung am 16. Dezember fällt aus.
Ferschlag. 31. Dez., 11 Uhr, bei Fritz von der Linnepe.
Elb-feld. 16. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Gerkenraih, Klostbahn.
Giesenkirchen. 16. Dezember, 9 Uhr, im kath. Vereinshause, Generalversammlung.
Gehr. 16. Dez., 8 1/2 Uhr, bei M. Bofsch.
Herriges Dahl. 24. Dez., 11 Uhr, bei Theodor Schopen, Brandenbergerstr., ordentliche Generalversammlung.
Krefteld-Bockum. 24. Dez., 6 Uhr, bei Heinrich Benger, Generalversammlung.
Oberriedbach. 17. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Sauer, Generalversammlung, Vorstandswahl und Agitationskommission.
Ostrop. 17. Dez., gleich nach dem Hochamt, Distriktsrat. Hierauf Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.
Vierica. 17. Dez., 11 Uhr, bei Ww. Gläfer für den Bezirk Hamm und Unterberich.
— 31. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Ludwig Baues, für die Bezirke Dorf und Rajzer.

Lokalsekretariat Gronau i. W.

Das Bureau wird am 15. Dezember von Mühlenmathe 7 nach Mühlenmathe 11 verlegt. Sämtliche Zuschriften sind vom genannten Tage an diese Adresse (Mühlenmathe 11) zu richten.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Johann Gottmanns in Giesenken. Herm. Joseph Wildenberg in Euenheim. Clemens Enniger in Werden a. d. Ruhr. Engelbert Küsters in Bockum. Egidius Loop in Vaals. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Buchdruckertarif und öffentliches Interesse stellt eine 48seitige Schrift gegenüber, die soeben im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147 (Preis 50 Pfg.), erschienen ist. In der Schrift wird ausgeführt, daß der Verband deutscher Buchdrucker in den letzten Jahren sich immer mehr im sozialdemokratischen Sinne betätigt und sich heute in seinem Wesen um keinen Schatten mehr von den übrigen sozialdemokratischen Verbänden unterscheidet.

Diese Entwicklung, die offenbar den Arbeitgebern des Buchdruckgewerbes über den Kopf wächst, ist unheilvoll namentlich aus zweierlei Gründen. Einmal, weil sie eingeständenermaßen nach sozialistischen Grundsätzen die Tarifpolitik zur ausschließlichen Machtpolitik und damit aus einem Instrument des gewerblichen Friedens eine Waffe für den Klassenkampf macht.

Das „Jahrbuch“ der christlichen Gewerkschaften für 1912 ist erschienen. Auch diesmal wieder ist auf der bewährten und von der wissenschaftlichen Kritik anerkannten Grundlage aufgebaut worden. Demgemäß wechseln aktuelle praktische Themen mit solchen grundsätzlicher Natur ab, während die ständigen Uebersichten über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Reichs-Sozialgesetzgebung das Ganze umrahmen.

Inhaltsverzeichnis.

Mein Los. — Artikel: Winke zur Reichstagswahl. — Unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Arbeitsstreiks. — Buchdruckertarif und öffentliches Interesse. — Die Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhr in Wolllwaren. — Genillewa: Ose Thome. — Aus der Arbeiterbewegung: Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — Ueber das Tarifwesen in den M.-Glabbacher Webereten. — Streiks und Volkswirtschaft. — Klassenkampf von oben. — Das christliche Tarif- und Arbeitsmonopol in Regensburg. — Wann ist ein Verband sozialdemokratisch? — Ferien für die Textilarbeiter. — Die „neutralen“ Gewerkschaften. — Unter glorioser Genossenschaft. — Aus unserer Industrie: Neues vom Kipata. — Einwirkung der chinesischen Revolution auf die japanische Baumwollgarnspinnerei. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Ortsgruppenvorstände. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreiks: Gera-Greiz. — Krefeld. — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnenagitation in M.-Glabbad. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Euenheim-Wipfischen. — Konstab D.-S. — Seckhausen. — Odenkirchen. — Rechenbach. — Soziale Rundschau: Der Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg. — Die Not der ungelerten Arbeiter. — Berichtigung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Bekanntmachung. — Sterbetafel. — Literarisches.